

(c) Deutschland Archiv, 2004

Zitation: Förster, P. (2004). Die 30-Jährigen in den neuen Bundesländern: Keine Zukunft im Osten! Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie. Deutschland Archiv, 37, 23-42.

# **Die 30-Jährigen in den neuen Bundesländern: Keine Zukunft im Osten!**

## **Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie**

Peter Förster, Leipzig

Im Jahr 2001 hatten wir die Möglichkeit, die Leser dieser Zeitschrift über einige wesentliche Ergebnisse der „Sächsischen Längsschnittstudie“ zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger zu informieren.<sup>1</sup> Inzwischen sind drei für Ostdeutschland politisch und wirtschaftlich gesehen ereignisreiche Jahre vergangen, die Studie konnte mit drei weiteren Untersuchungswellen fortgesetzt werden. Damit wurden die teilweise bis in die Jahre kurz vor der Wende, meist bis 1990/91 zurückreichenden Trends zum politischen Einstellungswandel fortgeschrieben, die vor allem in jüngster Zeit überraschende Veränderungen erkennen lassen. Außerdem konnten die Einflussfaktoren weiter untersucht werden, die hinter den noch immer mehrheitlich kritischen Einstellungen der Panelmitglieder zum jetzigen Gesellschaftssystem stehen. Vor allem über diese Faktoren soll in diesem Beitrag berichtet werden. Dabei steht die Arbeitslosigkeit mit ihren vielschichtigen Folgen im Mittelpunkt, die inzwischen rund zwei Drittel der Panelmitglieder persönlich erfahren mussten, häufig bereits mehrmals.

Den Leser bitten wir vorab um Verständnis dafür, dass die angeführten Trends, die mitunter 10 oder noch mehr Jahre umfassen, mitunter nicht einfach zu überschauen sind. Doch gerade in der von Welle zu Welle größer werdenden Anzahl an Messpunkten und Informationen liegt der Vorzug einer Längsschnittstudie, über einen längeren Zeitabschnitt hinweg Veränderungsprozesse in einer identischen Untersuchungspopulation zu analysieren.

### **I. Informationen zur Sächsischen Längsschnittstudie**

Die folgenden Ergebnisse stammen aus der Sächsischen Längsschnittstudie. Bei ihr handelt es sich um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Langzeitforschung. Sie wurde bereits 1987, zu DDR-Zeiten, gestartet und begleitet seitdem über die Wende hinweg den politischen Mentalitätswandel bei jungen Ostdeutschen zwischen ihrem 14. und (2003) 30. Lebensjahr.

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989) dokumentierte die Untersuchung den zunehmenden Verfall des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz gegenüber der Herrschaft der SED. In ihrer

---

<sup>1</sup> Peter Förster: „Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben. Empirische Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger“. DA 2/2001, S. 197 ff.

zweiten Phase (seit Frühjahr 1990) begleitet sie den Weg dieser jungen Ostdeutschen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Die generelle Forschungsfrage ist, ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in dem neuen Gesellschaftssystem auch eine politische Identifikation mit diesem System entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen.

Die Untersuchungspopulation ist für solche Langzeitanalysen geradezu prädestiniert: Zur Wendezeit waren die TeilnehmerInnen bereits 16/17 Jahre alt (Geburtsjahrgang 1972/73), hatten die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang voll durchlaufen und waren damit über ein Jahrzehnt vom Bildungs- und Erziehungssystem der DDR, mehr oder weniger nachhaltig, geprägt worden. Zugleich waren bzw. sind sie noch jung genug, um sich nach dem Zusammenbruch der DDR und des Sozialismus neu zu orientieren, die Werte des jetzigen Gesellschaftssystems zu übernehmen oder aber sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen. Die langfristige Analyse ihrer politischen Orientierungen ist insofern von besonderem Interesse, als sie zu der Generation gehören, deren Aufgabe es wäre, die jetzige Gesellschaft als ihre zu verstehen und zu gestalten.

In die Untersuchungen vor der Wende waren 1281 SchülerInnen aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen an, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Die Population war weitgehend DDR-repräsentativ.

Im Frühjahr 1989 erklärten sich 587 TeilnehmerInnen schriftlich bereit, auch nach Schulabschluss weiter an ähnlichen Untersuchungen mitzuarbeiten. Durch Wohnortwechsel (vor allem in den Westteil) reduzierte sich dieser Kreis in der Wendezeit auf ca. 485 Personen. Von ihnen beteiligte sich ein hinreichend großer Teil an den bisher 14 (postalischen) Befragungen nach der Wende.

Die 17. Welle der Untersuchung fand überwiegend im Zeitraum Mitte April bis Mitte Juli 2003 statt. 419 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück. Das sind 71% derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten.

Durchschnittsalter zum Befragungszeitpunkt: 30,1 Jahre. Anteile der Geschlechtergruppen: männlich 46%, entsprechend weiblich 54%. Von den TeilnehmerInnen leben 92 in den alten Bundesländern (22%) bzw. 5 im Ausland (1%).

Die dargestellten Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für junge Ostdeutsche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden, insbesondere im Hinblick auf die ermittelten Zusammenhänge und Trends. Ähnliche Relationen sind vermutlich in den benachbarten höheren Altersgruppen zu erwarten. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird ausdrücklich nicht beansprucht.

Die Anzahl der Befragten lag in den Jahren 1990 bis 1994 zwischen 170 und 276, zwischen 1995 und 2003 zwischen 316 und 420 mit stark zunehmender Tendenz. Die Untersuchungen wurden bzw. werden über viele Jahre hinweg von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Friedrich-Ebert-Stiftung und (gegenwärtig) von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert.

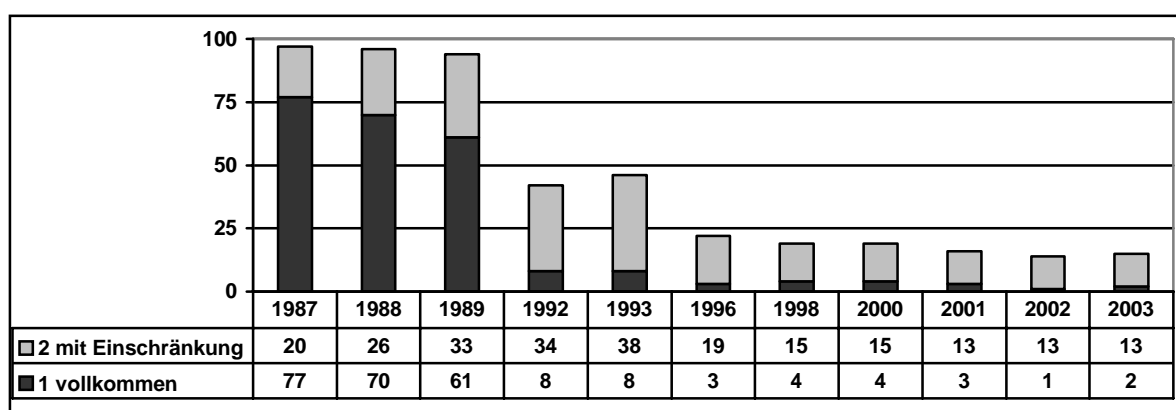
## II. Wesentliche Einstellungstrends

In diesem Teil wollen wir zunächst in gedrängter Form über jene Trends informieren, die die politische Einstellungsentwicklung bei den Panelmitgliedern seit der Wende bis zum Jahr 2003 besonders markant charakterisieren. Auf die Darstellung der speziell für Längsschnittstudien entwickelten Koeffizienten müssen wir hier aus Platzgründen verzichten.

## 1. Keine Zukunft im Osten!

Vorangestellt sei ein Trend, der auf dem ersten Blick wenig mit Politik zu tun haben scheint: die Zeitreihe zur Zuversicht der Panelmitglieder, im Osten eine gesicherte Zukunft zu haben. Von den Autoren der Shellstudie 2000 stammt die wichtige Erkenntnis, dass die Einschätzung der Jugendlichen, wie optimistisch oder pessimistisch sie ihre eigene Zukunft sehen, sich als eine Frage von geradezu seismographischem Charakter erweist<sup>2</sup>. Das trifft aus der Sicht dieser Studie völlig zu:

Abbildung 1: Entwicklung der Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben, im Trend 1987 bis 2003



Fragetext: 1987 – 1989 (Mai): „Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.“

Ab 1992: „Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Anteile einschränkungsloser (1) bzw. leicht eingeschränkter (2) Zuversicht.

Dieser schon über anderthalb Jahrzehnte laufende Trend lässt bereits ahnen, welche gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen von den Panelmitgliedern zu bewältigen waren. Er verweist zugleich darauf, dass der aktuelle Zustand der Zukunftszuversicht ohne eine Rückblende in die Zeit davor nur schwer zu beurteilen ist. Auch für unsere verhältnismäßig jungen Panelmitglieder bedeutete der Zusammenbruch der DDR keinen Nullpunkt ihrer Biographie. In den Jahren kurz vor der politischen Wende ging die auf die DDR bezogene Zuversicht nur leicht zurück, insbesondere in ihrer einschränkungslosen Ausprägung. Die große Mehrheit glaubte selbst 1989 an eine sichere Zukunft in diesem Land, zumal faktisch alle wussten, wie es nach der Schulzeit weiter geht, dass sie Arbeit oder einen Studienplatz haben werden. Danach hat es keine Trendwende gegeben, im Gegenteil: Die nun auf Ostdeutschland bezogene Zuversicht stürzte geradezu ab und hat ihren Tiefpunkt vermutlich noch nicht erreicht.

Eine alarmierende Tatsache ist: Immer weniger dieser jungen Frauen und Männer verbinden ihre Zukunft mit Ostdeutschland! Diese Entwicklung hat auch wesentlich dazu beigetragen, dass - wie generell im Osten - viele TeilnehmerInnen dieser Studie nach der Wende in den Westen abgewandert sind. Den Ergebnissen der jüngsten, 17. Welle im Frühjahr 2003 zufolge, gilt das für knapp ein Viertel, die inzwischen in den alten Bundesländern bzw. im Ausland leben. Nur eine Minderheit von ihnen (2003: 11%) will in den Osten zurückkehren.

Wie die Studie belegt, hat die bittere Erfahrung so vieler junger Leute, dass ihre Heimat ihnen keine Zukunft bietet, auch einen hohen politischen Preis: Längsschnittdaten belegen, dass

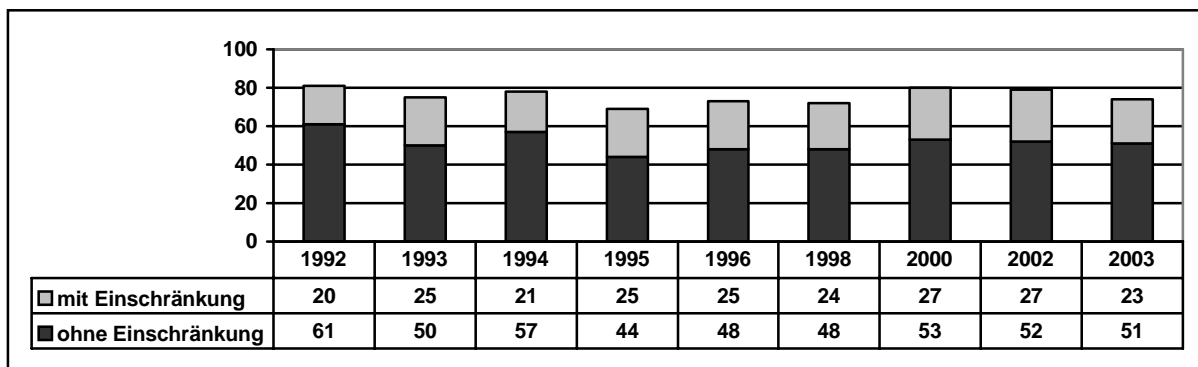
<sup>2</sup> Vgl. Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Band 1, Opladen 2000, S. 286.

der regressive Trend der Zukunftszuversicht mit zu einer erneuten Enttäuschung vom jetzigen Gesellschaftssystem beigetragen hat.

## 2. Kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende!

Für die übergroße Mehrheit der in die Studie einbezogenen gegenwärtig 30-jährigen jungen Ostdeutschen gibt es kein Zurück zu den politischen Verhältnissen vor der Wende. Nur eine Minderheit zweifelt daran, dass die Wende richtig war:

Abbildung 2: Einstellung der Panelmitglieder zur Wende im Trend 1992 bis 2003



Fragetext: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Anteile einschränkungsloser (1) bzw. leicht eingeschränkter (2) Zustimmung

Bei genauer Betrachtung ist allerdings nicht zu übersehen, dass zwischen 1992 und 2003 die Zustimmung zur Wende leicht, aber signifikant von 81% auf 74% zurückgegangen ist. Hinzu kommt, dass zwar die Mehrheit dieser 30-Jährigen bejaht, dass die Ostdeutschen im Herbst '89 die Freiheit errungen haben, allerdings nur der kleinere Teil von ihnen ohne Einschränkungen:

Tabelle 1: Einstellung zur Wende (2003)

„Mit der friedlichen Revolution im Herbst '89 haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen.“

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Gesamt	15	43	(58)	35	6	1	2,36
männlich	20	48	(68)	25	7	0	2,20
weiblich	11	38	(49!)	44	6	1	2,49

Ablesbar ist auch, dass die jungen Frauen erheblich weniger häufig zustimmen als die jungen Männer.

Aufschlussreich sind die Antworten auf eine sich anschließende offene Frage (d.h. ohne Vorgaben) danach, in welcher Hinsicht die Freiheit errungen wurde und in welcher Hinsicht nicht. Grundtenor ist, dass vor allem die Reisefreiheit gewonnen wurde, die aber von vielen nicht genutzt werden kann, da ihre wirtschaftliche Situation dies nicht zulässt. Freiheit wird faktisch mit Reisefreiheit gleichgesetzt.

Eine typische Aussagen, die in vielen Variationen wiederkehren, lauten:

„Ohne Arbeit kann ich die errungene Freiheit nicht genießen.“

*„Reisefreiheit – aber was nützt es, reisen zu können, wenn man durch die derzeitige Politik immer weniger Geld in der Tasche hat! Außerdem wird die wirtschaftliche Situation im Osten immer wackliger, so dass die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen wird – aber wir können ja reisen!*

*Wir haben jetzt die Freiheit, die Partei unserer Wahl auf dem Wahlzettel anzukreuzen – aber wem kann man trauen?! ...“*

*„Es wurden zwar einige Freiheiten errungen (Reisefreiheit, Pressefreiheit u. a.), aber was nützt die ganze Freiheit, wenn man sich jeden Monat auf dem Arbeitsamt oder Sozialamt melden muss. Früher war für die Kinder eine Perspektive vorhanden, heute: keine Lehrstelle – kein Job – kein Geld – schiefe Bahn.“*

*„Freiheit haben wir errungen in jeder Hinsicht, aber Sicherheit verloren, d.h. soziale Sicherheit und die meisten Menschen materielle Sicherheit. Jetzt ist alles risikoreicher und nur noch kommerziell. Alles hat eine Kehrseite.“*

*„ a) Reisefreiheit, mit Geld ist ALLES Materielle zu kaufen. b) Wir haben uns die Geisel der Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit (horrende Zuzahlungen im Gesundheitswesen), utopisches Renteneintrittsalter, vermehrte Kriminalität erkauft.“*

*„Die Freiheit wurde in beinahe jeder Hinsicht erreicht, aber uns wurde schnell klar, dass uns viele Freiheiten nichts nützen, wenn man sie sich in dieser Gesellschaft nicht leisten kann!“*

*„a) die Reisefreiheit, die Freiheit, jederzeit Bananen zu kaufen, für Geld alles zu bekommen. b) dass Freiheit so teuer ist und von einem Arbeitsplatz abhängt.“*

*„Man kann reisen, wohin man will, man kann äußern, was man denkt, beruflich steht einem alles offen, man kann sich persönlich frei entfalten, man kann seinen Kindern etwas bieten, Wünsche erfüllen... ABER: das geht alles nur mit Geld und das bekommt man nur mit einem Job. Ohne den ist die Freiheit nur halb so viel wert!“*

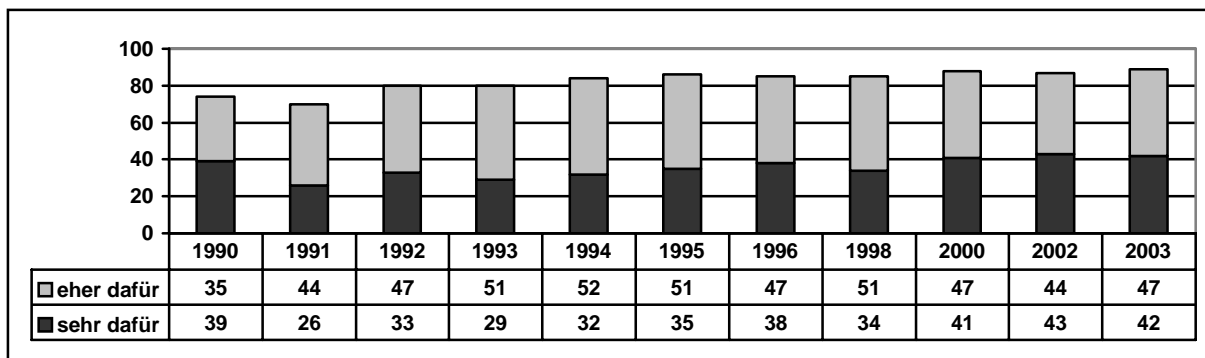
*„ a) Man kann nun ohne Einschränkungen die Welt erkunden. b) Wenn man, wie z. B. ich zur Zeit, arbeitslos ist, ist man in vielerlei Hinsicht in seiner Freiheit eingeschränkt, z. B. : kein Geld, keine Reisen; keine Arbeit: man kann sich auch nicht beruflich frei entfalten und privat ist man auch eingeschränkt.“*

*„Freiheit verbinde ich einzig und allein mit der Möglichkeit, überall hin reisen zu können.“*

### **3. Keine Abstriche an der Zustimmung zur deutschen Einheit**

Vom Frühjahr 1990 an, also noch vor ihrem Vollzug (die TeilnehmerInnen waren damals rund 17 Jahre alt), wurde auch die Einstellung zur deutschen Einheit erfasst. Bei ihr konnte eine fast kontinuierlich wachsende Zustimmung beobachtet werden:

Abbildung 3: Einstellung zur deutschen Einheit im Trend 1990 bis 2003



Fragetext: „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?“

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Anteile einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter Zustimmung (2)

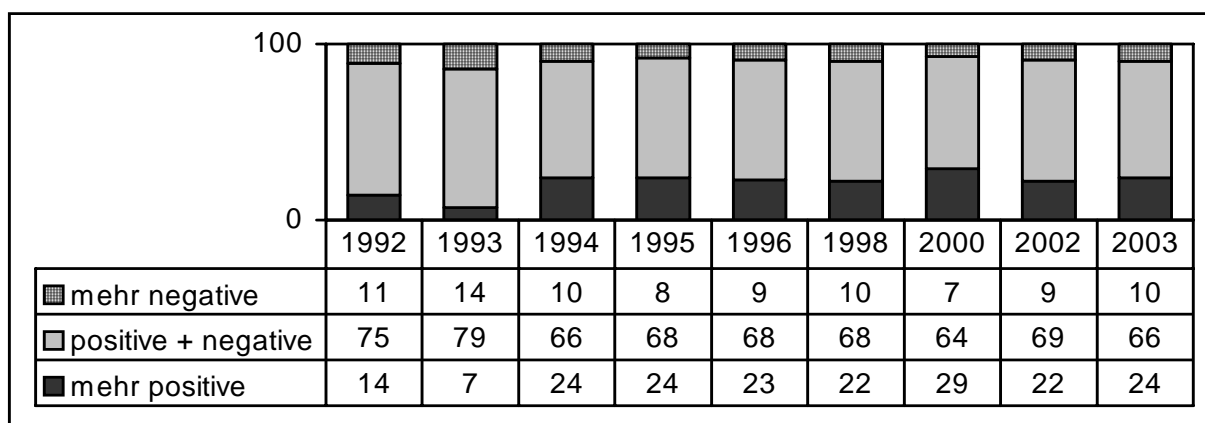
Die Daten von 1990 wurden noch vor dem Beitritt erhoben. Ab 1991 wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie *heute* antworten?“

Dieser bereits über 13 Jahre laufende Trend gehört zu den interessantesten Ergebnissen dieser Studie. Ablesbar ist, dass sich der Anteil der Einheitsbefürworter zwischen Mai 1990 und 2003, d.h. mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Beitritt (und mit zunehmendem Alter der Panelmitglieder) trotz geringer Schwankungen deutlich erhöht hat, wenn auch meist mit der Einschränkung „eher dafür als dagegen“.

Das vereinte Deutschland ist für diese jungen Ostdeutschen inzwischen zur Normalität geworden, die - von einer Minderheit abgesehen - nicht in Frage gestellt wird. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung, vielfach (wenn auch meist unfreiwillig) für ihre berufliche Karriere, vor allem aber dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren.

Die Folgen der Vereinigung werden allerdings ambivalent beurteilt. Die Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 sowohl positive als auch negative Veränderungen:

Abbildung 4: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung im Trend 1992 bis 2003



Fragetext: „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?“

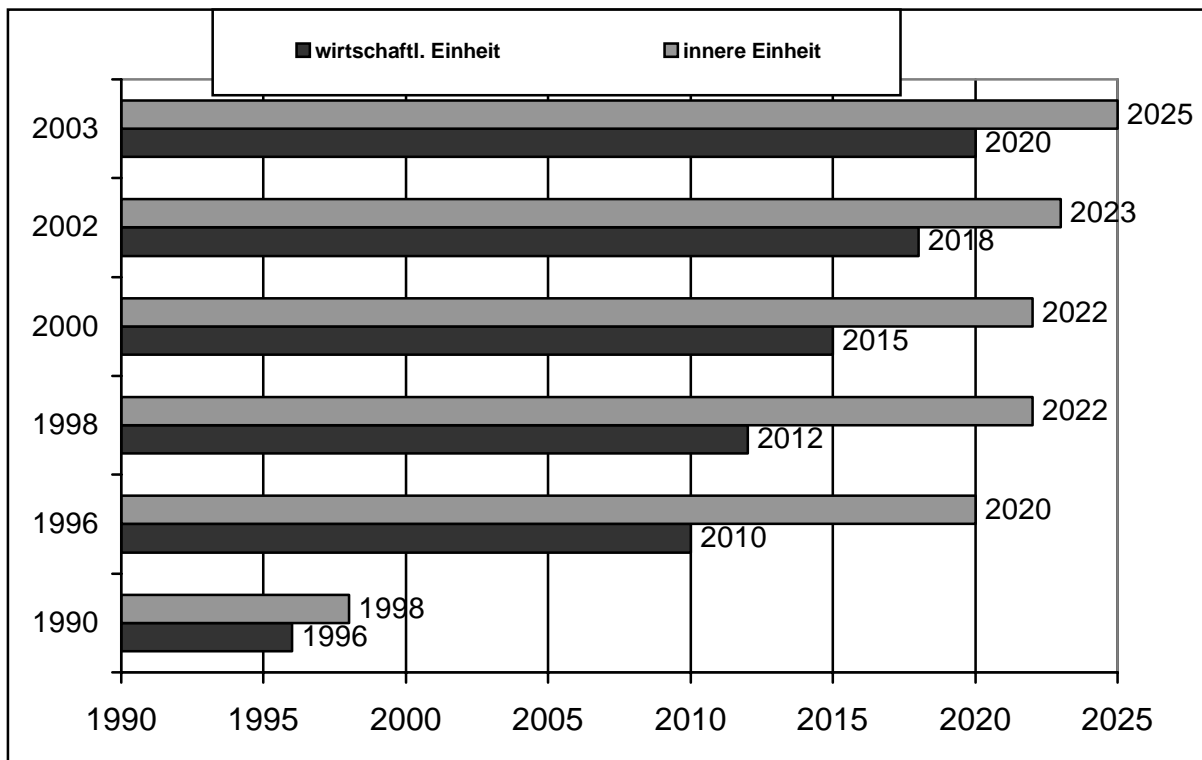
Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland

1 mehr positive Veränderungen 2 sowohl positive als auch negative 3 mehr negative Veränderungen

Der bis 2000 erkennbare Trend einer Zunahme der Auffassung, es gäbe mehr positive Veränderungen, scheint seit 2002 gestoppt zu sein, vermutlich auf dem Hintergrund der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Misere in Ostdeutschland.

Hinzu kommt, dass die Verwirklichung der Einheit immer weiter in die Zukunft verlagert wird. Das geht aus zwei offenen Fragen (ohne Antwortvorgaben) danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen bzw. bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind. Die folgende Abbildung informiert über die prognostizierten Jahre (vom jeweiligen Zeitpunkt aus betrachtet):

Abbildung 5: Prognostizierte Jahre für die Herstellung der wirtschaftlichen bzw. inneren Einheit zu den sechs Befragungszeitpunkten zwischen 1990 und 2003



Die Daten von 1990 stammen nicht aus dieser Studie, sondern aus einer DDR-repräsentativen Umfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung vom September 1990 für den SPIEGEL, berechnet für die Altersgruppe der 18 - bis 24-Jährigen.

Im Mittel gehen die Panelmitglieder 2003 davon aus, dass es noch rund 16 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind (das wäre im Jahr 2020). Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage für die Altersgruppe der 18 - 24-Jährigen ein Durchschnittswert von nur 6,2 Jahren (DDR-Bevölkerung insgesamt: 6,1 Jahre) berechnet (das wäre 1996 gewesen). Noch wesentlich mehr Zeit wird den Vorstellungen der Panelmitglieder zufolge vergehen, bis die Ostdeutschen und Westdeutschen zu einer „richtigen Gemeinschaft“ zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 22 Jahre (d. h. im Jahre 2025). 1990 wurde hierzu ein Mittelwert von nur 8,2 Jahren ermittelt (das wäre 1998 gewesen).

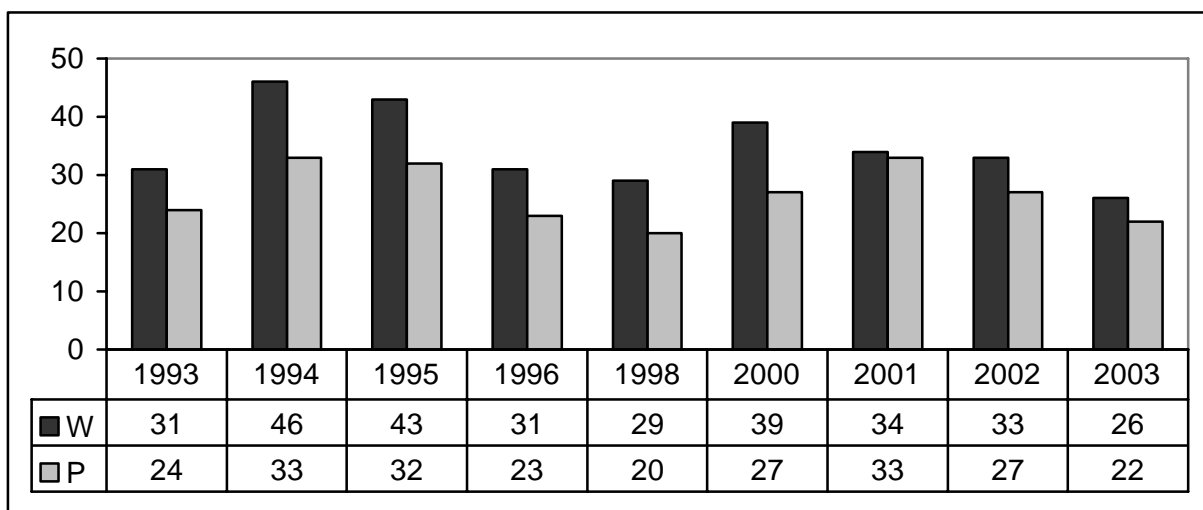
Der Zeithorizont des Zusammenwachsens beider Landesteile hat sich seit der Vereinigung gravierend vergrößert und vergrößert sich weiter! Diese Vorstellungen widerspiegeln wie kaum ein anderes Ergebnis sehr anschaulich die ursprünglichen großen Hoffnungen auf das vereinte Deutschland und die nachfolgenden Enttäuschungen dieser jungen Leute von den Realitäten des Vereinigungsprozesses und von den Zukunftsaussichten in Ostdeutschland.

#### 4. Gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem überwiegen noch immer Skepsis und Kritik

Die verbreitete Bejahung der politischen Wende und der deutschen Einheit ist nicht gleichbedeutend mit der Zustimmung zum neuen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch ein reichliches Jahrzehnt nach dem Systemwechsel mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet.

Exemplarisch belegen wir das anhand der Zeitreihen zur Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung und mit dem politischen System in der Bundesrepublik, zwei zentralen Kriterien:

Abbildung 6: Trend der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (W) bzw. dem politischen System (P) zwischen 1993 und 2003, zeitgleich im Zusammenhang betrachtet



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie a) mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland“ ; b) mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Die Häufigkeiten einschränkungsloser (1) und eingeschränkter Zufriedenheit (2) wurden zusammengefasst.

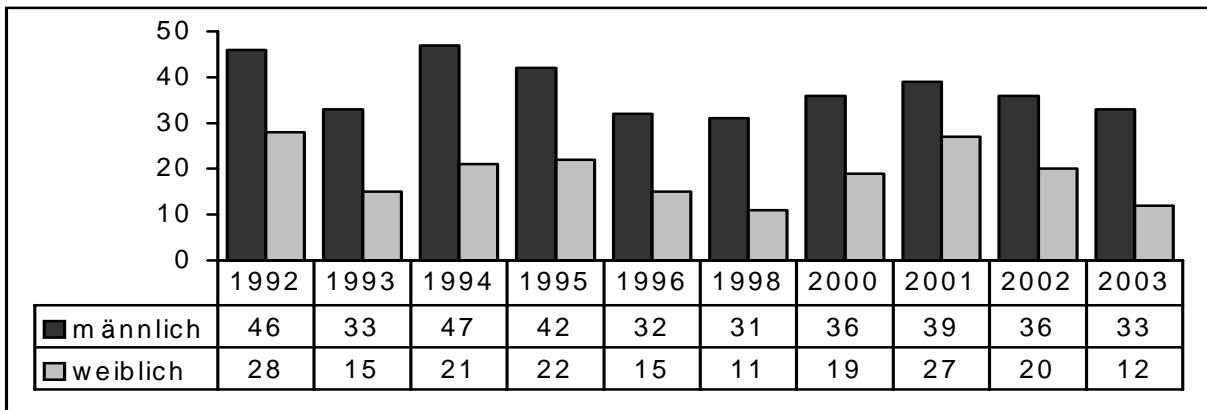
Am Trend zur Wirtschaftsordnung ist zunächst ablesbar, dass der Prozentanteil der mehr oder weniger stark zufriedenen Panelmitglieder zu keinem Zeitpunkt die 50%-Marke überschritten hat. Diese jungen Ostdeutschen stehen der jetzigen Wirtschaftsordnung mehrheitlich kritisch gegenüber. Darüber hinaus fällt der starke Abwärtstrend der Zufriedenheit zwischen 1994 und 1998 (d.h. in den letzten Jahren der Regierung Kohl) von 46% auf 29% auf, der im Jahr 2000 (nach dem Regierungswechsel) gestoppt schien, sich danach jedoch erneut durchgesetzt hat, jetzt allerdings auf einem noch niedrigeren Niveau. 2003 äußert ein reichliches Viertel (26%) Zufriedenheit, das ist der bisher geringste Anteil seit Beginn unserer Messungen 1993!

Der Anteil der mit dem politischen System zufriedenen Panelmitglieder geht zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, die wenigsten davon sind sehr zufrieden (2002: null Prozent, Maximum 1992 bzw. 1994 mit 4 %). Zwischen 1994 und 1998 war ebenfalls ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen. Die erneute Zunahme der Systemzufriedenheit nach dem Regierungswechsel 1998, ablesbar an den Werten für 2000 und 2001, weicht 2002 und vor allem 2003 einem deutlichen Negativtrend. 2003 sind lediglich 22% mit dem politischen System zufrieden; weniger waren es nur 1998, vor dem Regierungswechsel.

Informativ ist ein differenzierter Blick auf die Zufriedenheit der Geschlechtergruppen mit dem politischen System:

Abbildung 7: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 2003, nach den Geschlechtergruppen differenziert





Zusammengefasste Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter Zufriedenheit (2).

Die weiblichen Panelmitglieder sind mit dem politischen System über den gesamten Zeitraum hinweg noch erheblich weniger zufrieden als ihre männlichen Altersgefährten – Ausdruck ihrer stärkeren Betroffenheit durch die negativen Folgen der Vereinigung. 88% von ihnen sind 2003 mehr oder weniger unzufrieden - deutlicher kann die überaus kritische Sicht dieser jungen Frauen auf das politische System kaum zum Ausdruck kommen. Ähnlich groß sind die Unterschiede in Bezug auf die Wirtschaftsordnung und bei vielen weiteren politischen Einstellungen.

Eine zeitlich parallele Betrachtung beider Trends wie in Abbildung 6 dargestellt ist politisch und politikwissenschaftlich betrachtet besonders interessant: In diesen 10 Jahren fällt die Zufriedenheit mit dem politischen System um so geringer aus, je schwächer die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung ist – Widerspiegelung des bekannten Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher Effektivität und politischer Legitimität des Systems.<sup>3</sup> Dieser Zusammenhang konnte in unserer Studie mit den Mitteln spezieller (bedingter) Längsschnittkorrelationen exakt nachgewiesen werden, wir können hier nicht ausführlicher darauf eingehen.<sup>4</sup>

## 5. Abnehmendes Vertrauen zu den demokratischen Parteien

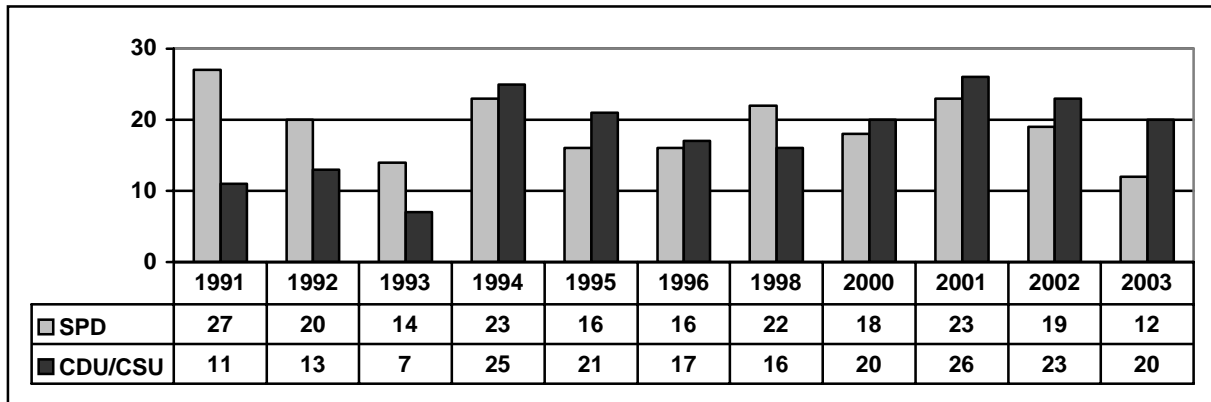
Im Rahmen dieser Studie wurde fast von Anfang an auch das Verhältnis der TeilnehmerInnen zu den Parteien untersucht. Wir baten sie, zu jeder der interessierenden Parteien gesondert anzugeben, inwieweit sie Vertrauen zu ihnen haben. Bisheriges Ergebnis: Das Vertrauen der TeilnehmerInnen zu den demokratischen Parteien ist außerordentlich schwach entwickelt, dazu mit weiter abnehmender Tendenz.

Betrachten wir dazu exemplarisch die Trends für die beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU:

<sup>3</sup> Vgl. u. a. Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte: Die Deutschen. Profil einer Nation, Stuttgart 1991, S.140.

<sup>4</sup> Vgl. Peter Förster: Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Opladen 2002, S.95.

Abbildung 8: Entwicklung des Vertrauens gegenüber SPD und CDU/CSU im Trend 1991 bis 2003



Fragetext: „Inwieweit haben Sie Vertrauen zu den folgenden Parteien?“

1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Die Antwortpositionen 1 und 2 wurden zusammengefasst.

Zunächst fällt auf, dass die Vertrauensquoten bei beiden Parteien zu allen Befragungszeitpunkten weit unter einem Drittel liegen (was auch für Bündnis 90/Grüne, PDS und FDP zutrifft). Auffällig ist auch, dass es – von 1998 abgesehen (die Erhebung fand vor dem Regierungswechsel statt) – keine jeweils entgegen gesetzten Tendenzen für die eine oder andere Partei gegeben hat, wie zu erwarten wäre. Besonders trifft das in jüngster Zeit zu: Zwischen 2001 und 2003 gingen die Vertrauensquoten für die SPD signifikant zurück, aber ebenso für CDU/CSU: *beide* Parteien haben – wenn auch auf einem etwas unterschiedlichen Niveau – in diesem Zeitraum bei den Panelmitgliedern an Vertrauen eingebüßt!

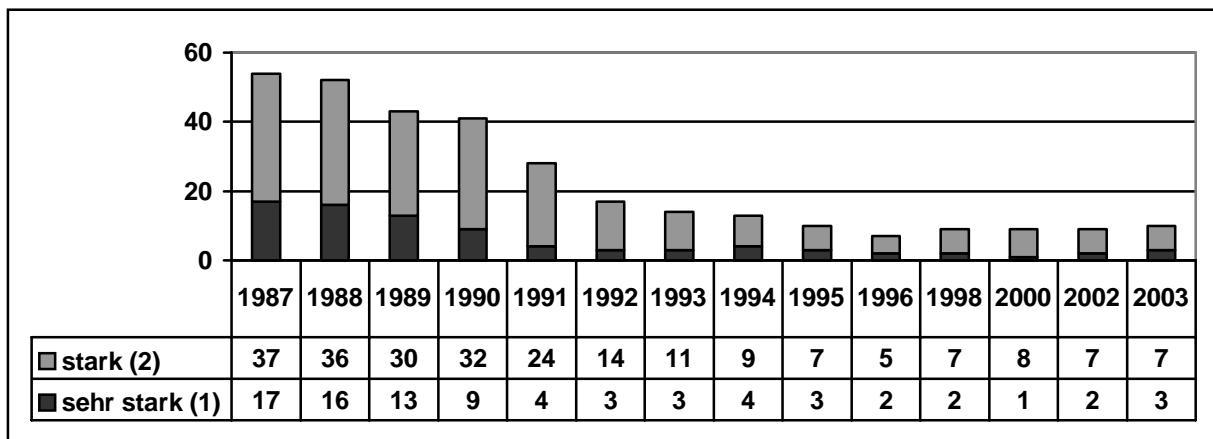
Die langjährigen Analysen belegen: Die verbreitete Unzufriedenheit mit dem politischen System geht in beträchtlichem Maße auf die schwache Vertrauensbasis faktisch aller demokratischen Parteien zurück. (Neben SPD und CDU/CSU wurden noch Bündnis 90/Grüne, PDS und FDP einbezogen). Eine Trendwende ist gegenwärtig nicht in Sicht. Im Gegenteil: In den vergangenen Jahren hat sich der Anteil der Panelmitglieder, die zu keiner der demokratischen Parteien Vertrauen haben, fast kontinuierlich erhöht und beträgt 2003 60%!

Außerdem bestehen nur bei einem kleinen Teil unserer Panelmitglieder längerfristige Bindungen an die Parteien: Auf eine weitere Frage danach, von welcher Partei sie sich am besten vertreten fühlen, nannten im Jahr 2003 nur 30% wieder die Partei, für die sie sich 2000 entschieden hatten! Gehen wir bis in das Jahr 1993 (dem Beginn dieser Fragestellung) zurück, dann verringert sich dieser Anteil sogar auf 16%. Offensichtlich zweifeln sehr viele von ihnen generell daran, dass die Parteien ihre Interessen vertreten.

## 6. Bereitschaft zu politischer Partizipation geht gegen Null

Die anhaltende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht auch daraus hervor, dass die Bereitschaft der Panelmitglieder zur gesellschaftlichen Partizipation von Jahr zu Jahr geringer geworden ist und in ihrer sehr starken Ausprägung jetzt gegen Null geht:

Abbildung 9: Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben im Trend 1987 – 2003



Fragetext: Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie „aktiv am politischen Leben teilnehmen“?  
 Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam 2,3,4,5 überhaupt nicht bedeutsam  
 Anteile sehr starker (1) bzw. starker Orientierung (2).

Diese Bereitschaft, die schon in der Endzeit der DDR infolge zunehmender Enttäuschung vom SED-Regime stark zurück gegangen war, nahm nach der Wende nicht etwa einen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab.

## 7. Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des jetzigen Gesellschaftssystems

Die Distanz der Panelmitglieder gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit:

Tabelle 2: Einstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem  
 Das entspricht meiner Meinung vollkommen 1, 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.“</i>						
2000	1	9	(10)	30	32	28
2001	1	5	( 6)	28	32	34
2002	0	5	( 5)	28	34	33
2003	1	3	( 4)	26	34	36
<i>„Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.“</i>						
2000	0	7	( 7)	33	29	31
2001	1	14	(15)	38	26	21
2002	1	6	( 7)	31	32	30
2003	1	5	( 6)	32	28	34
<i>„Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.“</i>						
2001	3	15	(18)	43	21	18
2002	1	11	(12)	38	25	25
2003	1	10	(11)	32	27	30

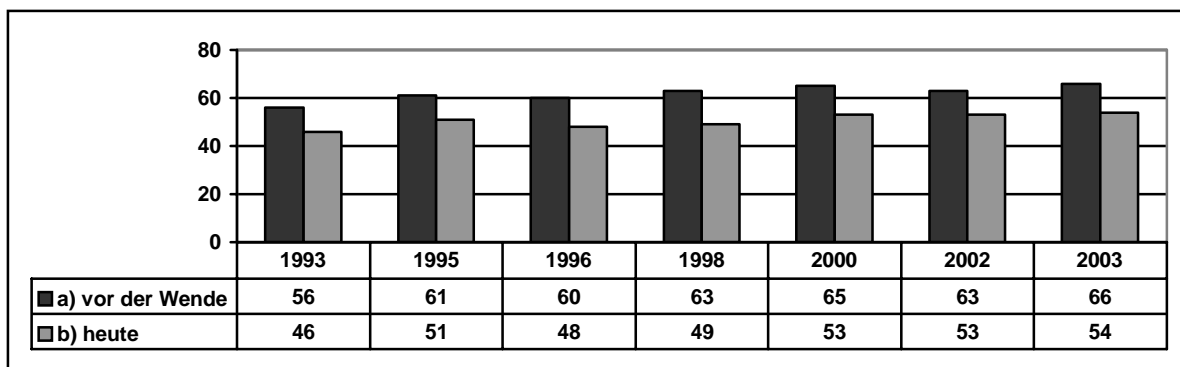
Fast unverändert glaubt 2003 nur eine Minderheit der Panelmitglieder daran, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird, die meisten (70%) zweifeln daran. Der Anteil derer, die das jetzige Gesellschaftsmodell als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen, stieg zwar Ende 2001(nach den Ereignissen vom 11. September) leicht an, ging 2002 jedoch wieder zurück und bleibt 2003 ebenfalls eine Minderheit.

Die Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt, haben im Frühjahr 2003 11%, 57% erhoffen das nicht, 32% äußern sich ambivalent. Nur eine (abnehmende) Minderheit betrachtet offensichtlich das jetzige System als das „Ende der Geschichte“.

## 8. Sozialistisches Gedankengut ist nicht aus den Köpfen verschwunden

Die anhaltende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht mit einer leicht zunehmenden Tendenz der Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. Seit 1993 ist der Anteil der Panelmitglieder, die an sozialistische Ideale glauben, signifikant angestiegen, aber damit zugleich auch der Anteil derer, die – aus heutiger Sicht - angeben, vor der Wende an sie geglaubt zu haben:

Abbildung 10: Identifikation mit sozialistischen Idealen vor bzw. nach der Wende im Trend 1993 - 2003



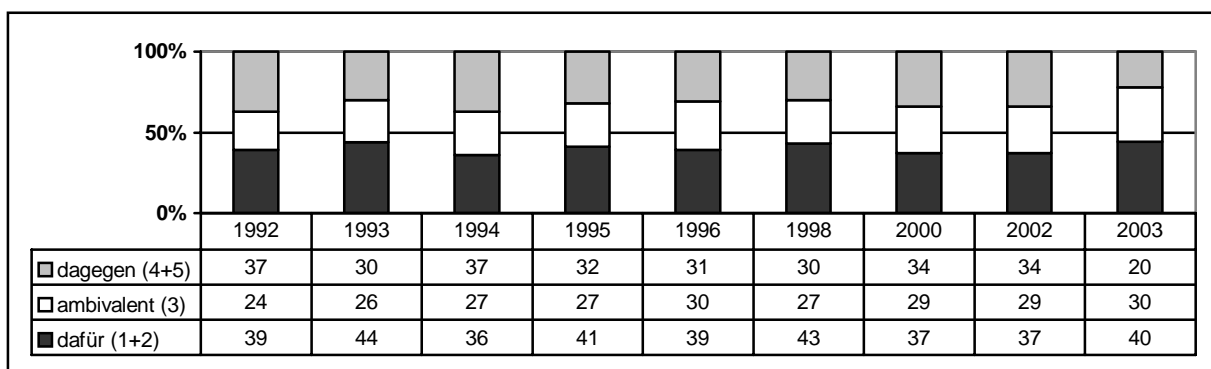
Fragetext: „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute dazu?“ Ich war / ich bin

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Die Positionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst.

Sozialistisches Gedankengut ist trotz des Zusammenbruchs der DDR und des „Real existierenden Sozialismus“ nicht aus dem Bewusstsein dieser jungen Ostdeutschen verschwunden. Dafür spricht auch, dass viele von ihnen (2003: 40%) für eine reformsozialistische Alternative zum jetzigen System plädieren:

Abbildung 11: Einstellung zu einem reformierten Sozialismus im Trend 1992 bis 2003



Fragetext: „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“ Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

Reduzierte Darstellung, die Positionen 1 und 2 bzw. 4 und 5 wurden zusammengefasst.

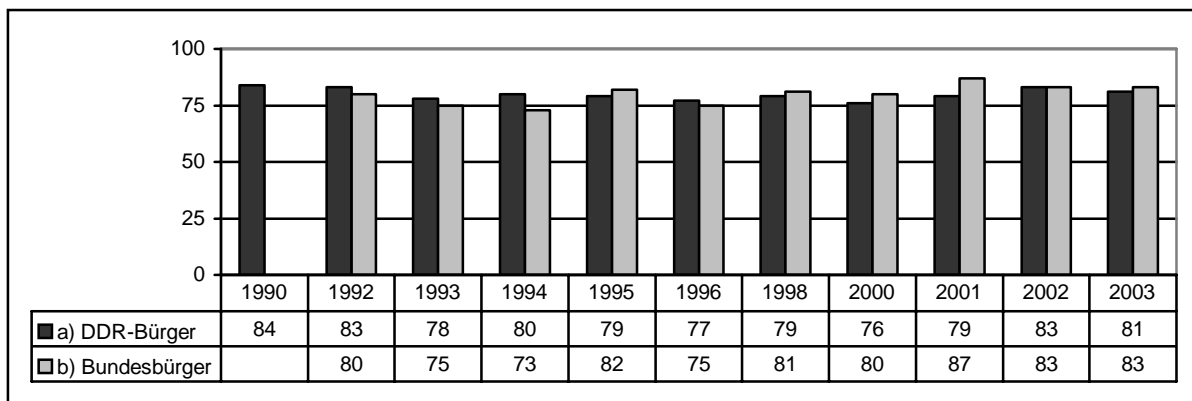
Schon optisch ist erkennbar: Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Gesellschaftsmodell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm. Die Panelmitglieder sind in dieser

politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, allerdings meist mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. 2003 würden immerhin 40% einen reformierten Sozialismus der gegenwärtigen Ordnung vorziehen, 20% votieren dagegen, 30% äußern sich ambivalent. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an; in welche Richtung der Trend bei diesen jungen Ostdeutschen gehen wird, ist völlig offen.

## 9. Schon Bundesbürger, aber noch immer DDR-Bürger

Überraschende Entwicklungen werden auch beim Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger sichtbar, der sich als ein unerwartet langwieriger Prozess erweist.

Abbildung 12: Ausprägung der Identifikation mit der DDR bzw. mit der Bundesrepublik im Trend zwischen 1990 bzw. 1992 und 2003



Fragetext: „Als was fühlen Sie sich?“ a) als Bürger der ehemaligen DDR  
 b) als Bürger der Bundesrepublik Deutschland  
 1 vollkommen 2 etwas schon 3 eigentlich nicht 4 überhaupt nicht  
 Zusammengefasste Anteile einschränkungsloser (1) und eingeschränkter (2) Identifikation.

Die Identifikation mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2003 nicht verstärkt. Lediglich Ende 2001/Anfang 2002, d.h. kurz nach den Ereignissen vom 11. September, deutete sich ein leichter Zuwachs an, der jedoch im Frühsommer 2002 wieder verschwunden ist. Andererseits ist die Identifikation mit der untergegangenen DDR im Untersuchungszeitraum 1990 (Frühjahr) bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen. Im Jahr 2003 stimmen zwar die Prozentverteilungen bei Zusammenfassung der Antwortpositionen 1 und 2 nahezu überein, einschränkungslos identifizieren sich jedoch signifikant mehr TeilnehmerInnen der Studie mit der DDR als mit der BRD: 47% gegenüber 35%!

Eine Kopplung beider Identifikationen (die Antwortskala wurde dafür dichotomisiert) ergibt im Jahr 2003: bei 68% der Panelmitglieder ist eine „Doppelidentität“ zu beobachten. Sie fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufzugeben zu haben; 14% fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als DDR-Bürger; 13% haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich noch vorwiegend als DDR-Bürger. Die restlichen 5% fühlen sich weder als Bundesbürger noch als DDR-Bürger.

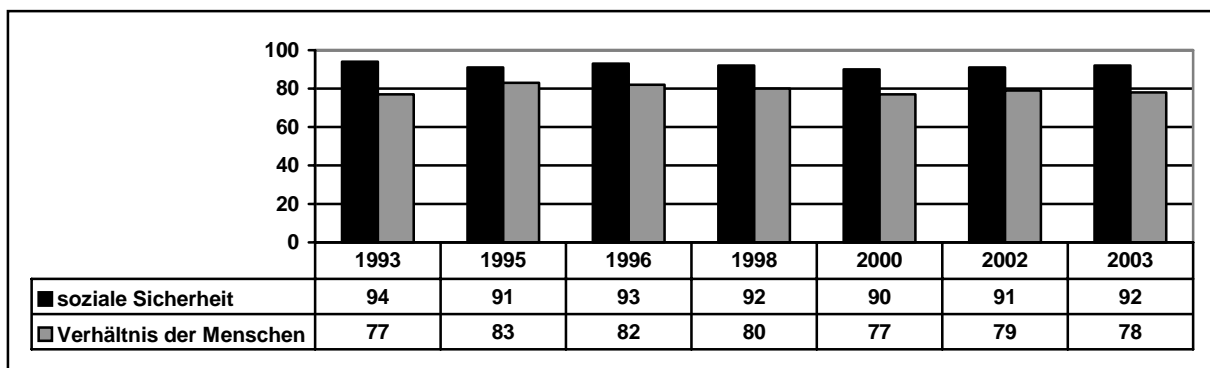
Das Zugehörigkeitsgefühl zur DDR ist bei diesen 30-Jährigen offensichtlich tiefer verwurzelt, als lange Zeit angenommen wurde. Ausdrücklich betont sei, dass es sich dabei nicht um politische Bindungen an die untergegangene DDR handelt. Großes Gewicht haben dabei vielmehr tiefe lebensgeschichtliche Prägungen, das Erleben der DDR als Heimatland, die Erinnerung

an eine meist sorgenfreie Kindheit und Jugend, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen. Das soll noch etwas näher ausgeführt werden.

Vor allem die Erinnerungen an die damals erfahrene Sozialpolitik, insbesondere die soziale Sicherheit, spielen bis in die Gegenwart eine große Rolle. Das geht aus einem Systemvergleich hervor, bei dem die Panelmitglieder seit mehreren Jahren darüber urteilen, auf welchen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens es ihrer Meinung nach vor der Wende besser gewesen sei bzw. heute besser wäre. Wir führen hier nur an, was sie mehrheitlich zugunsten der DDR für besser halten: Soziale Sicherheit (92%), Betreuung der Kinder (86%), Verhältnis der Menschen untereinander (78%), Förderung der Familie (76%), Schutz gegenüber Kriminalität (61%), Schulbildung (53%), soziale Gerechtigkeit (51%). Das sind offensichtlich jene Gebiete des Lebens, auf denen heute noch positive Erinnerungen überwiegen.

Die Urteile über diese Gebiete sind erstaunlich konstant. Wir veranschaulichen diese Erscheinung anhand einiger ausgewählter Trends:

Abbildung 13: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die soziale Sicherheit bzw. das Verhältnis der Menschen untereinander vor der Wende besser gewesen wären als heute, im Trend 1993 bis 2003



Fragetext: "Vergleichen Sie bitte auf folgenden Gebieten des Lebens die Situation *damals* in der DDR vor der Wende und *heute* in Ostdeutschland."

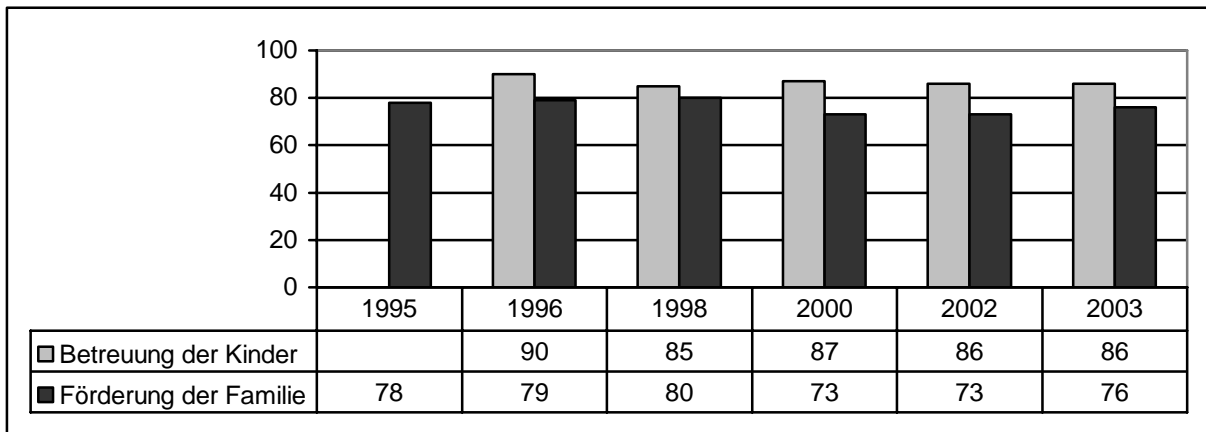
Auf diesem Gebiet 1 war es vor der Wende besser 2 ist es heute besser 3 gibt es kaum einen Unterschied 0 Das kann ich nicht beurteilen.

Anteile der Positionen 1.

Die höchste Konstanz der Urteile ist in Bezug auf die soziale Sicherheit zu beobachten. Die hohe Quote derer, die meinen, dass die soziale Sicherheit vor der Wende größer gewesen sei als heute, hat sich über 10 Jahre hinweg nur unwesentlich verändert. Die Längsschnittanalyse zeigt zusätzlich, dass zwischen 1993 und 2003 rund 85% der Panelmitglieder an diesem Urteil festgehalten haben. Dieses Urteil scheint mittlerweile unerschütterlich geworden zu sein und das DDR-Bild zu dominieren. Sehr große Konstanz besteht auch im Hinblick auf das Urteil über das Verhältnis der Menschen untereinander, fast unverändert präferieren über drei Viertel in dieser Hinsicht die Zeit vor der Wende.

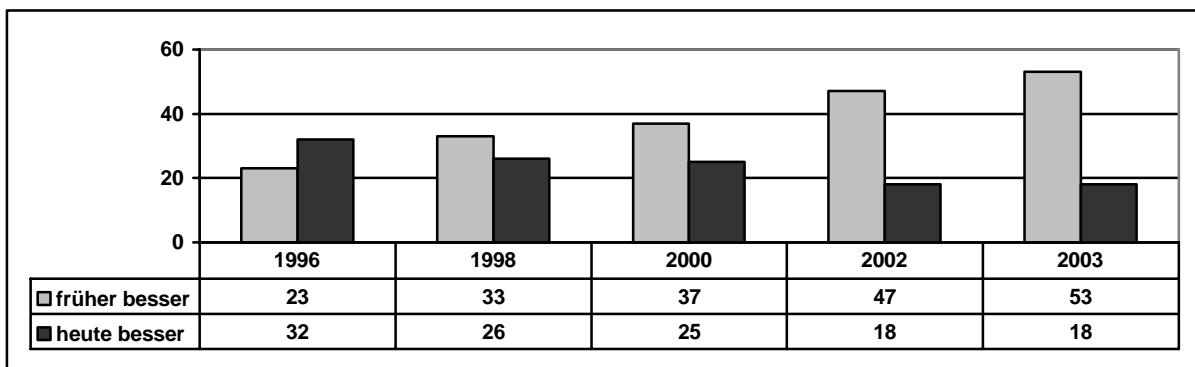
Ähnlich konstant sind die Urteile über Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie – Aspekte, bei denen die Panelmitglieder mittlerweile eigene Erfahrungen bzw. Kompetenz gesammelt haben:

Abbildung 14: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Betreuung der Kinder bzw. die Förderung der Familie vor der Wende besser gewesen wären als heute, im Trend 1995/96 bis 2003



Aufschlussreich ist schließlich der entgegengesetzte Trend in Bezug auf die Schulbildung:

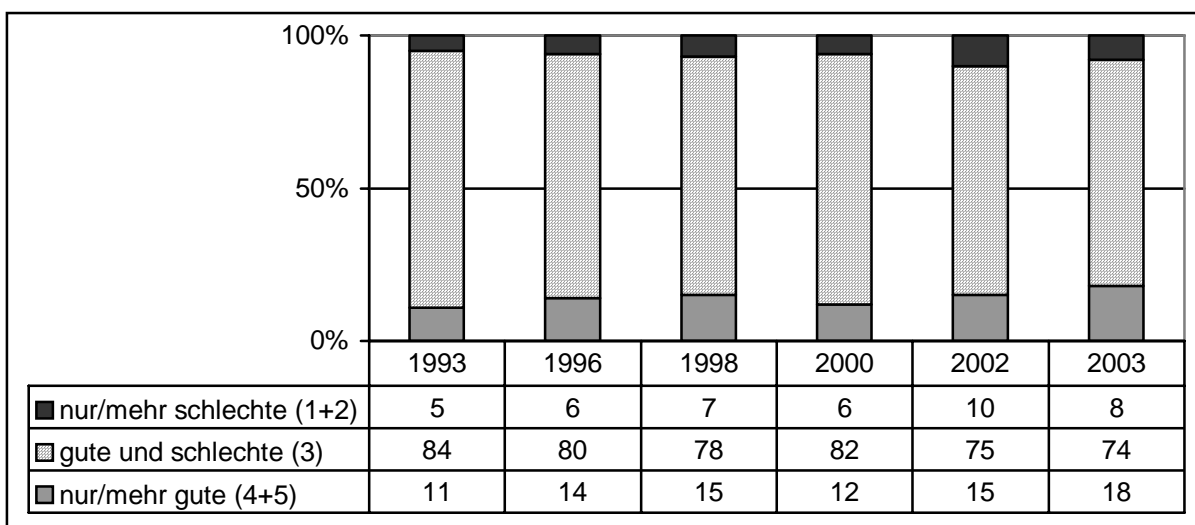
Abbildung 15: Anteile der Panelmitglieder, die meinen, dass die Schulbildung vor der Wende besser gewesen wäre bzw. heute besser sei, im Trend 1996 bis 2003



Immer mehr Panelmitglieder vertreten die Auffassung, die Schulbildung vor der Wende sei besser gewesen als heute. Zwischen 1996 und 2003 hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt.

Faktisch unverändert hält die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen in ihren Erinnerungen an die DDR daran fest, dass diese „gute und schlechte Seiten“ gehabt habe:

Abbildung 16: Verhältnis von guten und schlechten Seiten der DDR im Urteil der Untersuchungsteilnehmer im Trend 1993 - 2002



Fragetext: „Wenn Sie an die DDR-Zeit zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im ganzen gesehen?“ Es gab in der DDR...

1 nur schlechte Seiten    2 mehr schlechte als gute Seiten    3 gute und schlechte Seiten  
 4 mehr gute als schlechte Seiten    5 nur gute Seiten  
 Die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst.

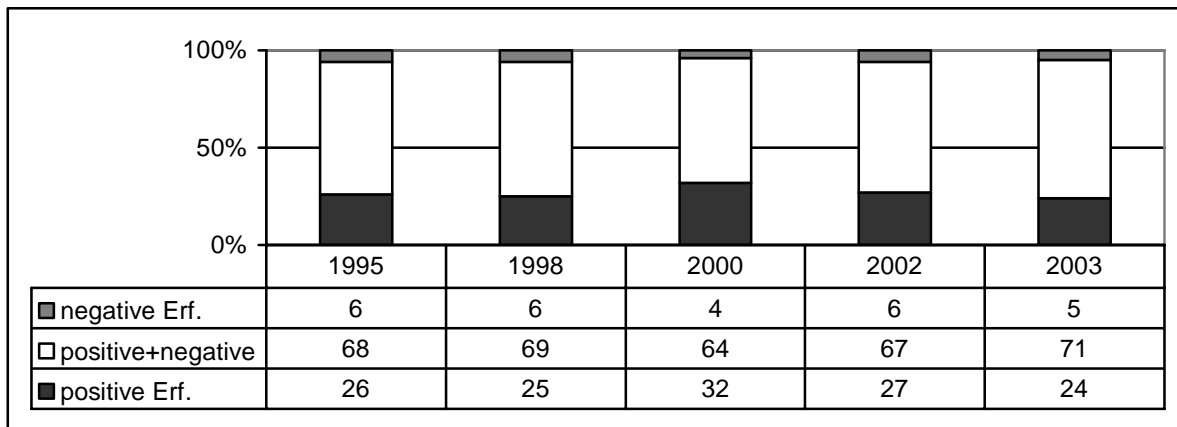
Dieses ambivalente DDR-Bild ist selbst bei diesen verhältnismäßig jungen Ostdeutschen offensichtlich fest gefügt, ein eindeutiger Trend in die eine oder andere Richtung ist nicht erkennbar.

### III. Zu wesentlichen Einflussfaktoren

Ein entscheidender Vorteil von Längsschnittstudien besteht darin, genauer als mit einmaligen Befragungen wesentliche Einflussfaktoren analysieren zu können, die hinter bestimmten Veränderungen stehen. Das gilt auch für unsere Studie im Hinblick auf die teilweise gravierenden Veränderungen in den Einstellungen zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Aus Gründen des Umfangs dieses Beitrages konzentrieren wir uns auf die aktuellen (situativen) Faktoren und lassen die ebenfalls untersuchten Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation außer Betracht.<sup>5</sup>

Das größte Gewicht unter den untersuchten aktuellen Einflussfaktoren haben die persönlichen Erfahrungen mit der seit dem Systemwechsel völlig veränderten gesellschaftlichen Realität. Diese Erfahrungen sind bis in die jüngste Zeit in hohem Maße ambivalent:

Abbildung 17: Generelle Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem im Trend 1995 - 2003



Fragetext: „Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie - alles in allem - mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht?“

1 nur positive Erfahrungen    2 überwiegend positive Erfahrungen  
 3 sowohl positive als auch negative Erfahrungen  
 4 überwiegend negative Erfahrungen    5 nur negative Erfahrungen

Die Positionen 1+2 bzw. 4+5 wurden zusammengefasst.

Rund ein Viertel (24%) verweist 2003 auf überwiegend positive Erfahrungen, nur 5% haben überwiegend negative Erfahrungen gemacht. Für die überwiegende Mehrheit (71%) sind jedoch ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d.h. positive und negative Erfahrungen stehen

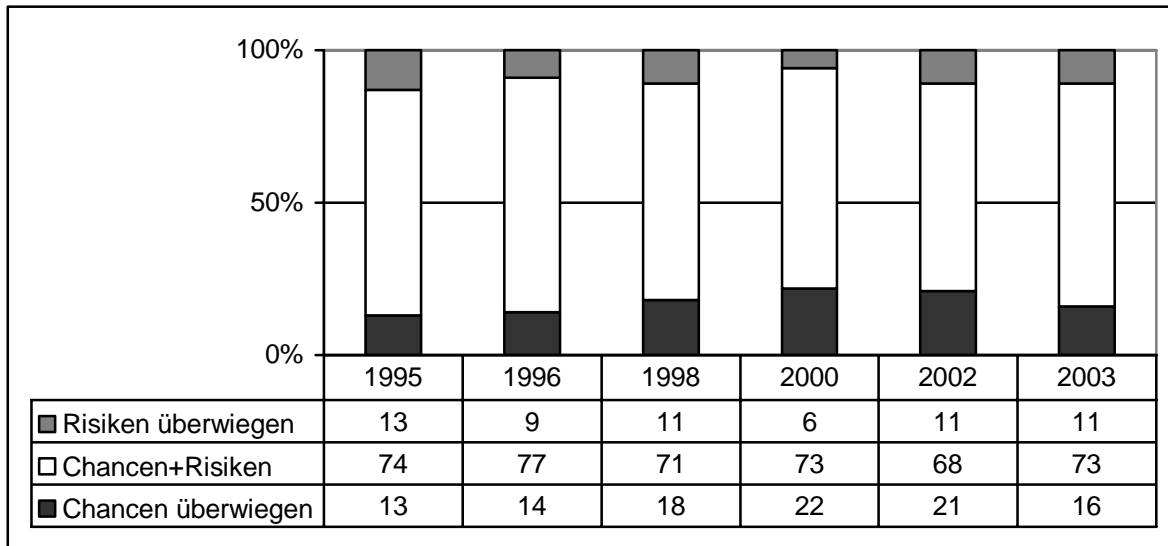
<sup>5</sup> Ausführlicher dargestellt bei Förster, a. a. O., S. 243 ff.



nebeneinander. Die Ergebnisse der vorangegangenen Wellen stimmen damit im Wesentlichen überein, allerdings ist nach dem Zuwachs an positiven Erfahrungen im Jahr 2000 danach wieder eine regressive Tendenz erkennbar.

Für die hohe Ambivalenz der individuellen Erfahrungen sind in der Studie noch viele weitere Belege zu finden, u. a. bei der Beurteilung des in der jetzigen Gesellschaft bestehenden Verhältnisses von neuen Chancen und neuen Risiken:

Abbildung 18: Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken im Trend 1995 bis 2003



Fragetext: „Es heißt, dass die jetzige Gesellschaft den Bürgern *neue Chancen* für die Lebensgestaltung bietet, aber auch *neue, ungewohnte Risiken* mit sich bringt. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Überwiegen die Chancen oder die Risiken oder ist beides miteinander verbunden?“

1 die neuen Chancen überwiegen 2 die neuen Risiken überwiegen

3 es gibt sowohl neue Chancen als auch neue Risiken

Die Relationen zwischen neuen Chancen und neuen Risiken haben sich im Erleben der Teilnehmer zwischen 1995 und 2000 zugunsten neuer Chancen verschoben, danach wird allerdings wieder ein rückläufiger Trend sichtbar. Im gesamten Zeitraum meinen reichlich zwei Drittel, dass es sowohl neue Chancen als auch neue Risiken gäbe, die hochgradige Ambivalenz der persönlichen Erfahrungen mit dem neuen System bleibt auch im Jahre 2003 bestehen. Die weiblichen Panelmitglieder reflektieren signifikant weniger häufig überwiegend neue Chancen als ihre männlichen Altersgefährten; Panelmitglieder, die im Westen leben, erheblich häufiger als jene, die im Osten geblieben sind.

Auf einige wesentliche Erfahrungen unserer TeilnehmerInnen soll im Folgenden eingegangen werden.

## 1. Arbeitslosigkeit und unsicherer Arbeitsplatz

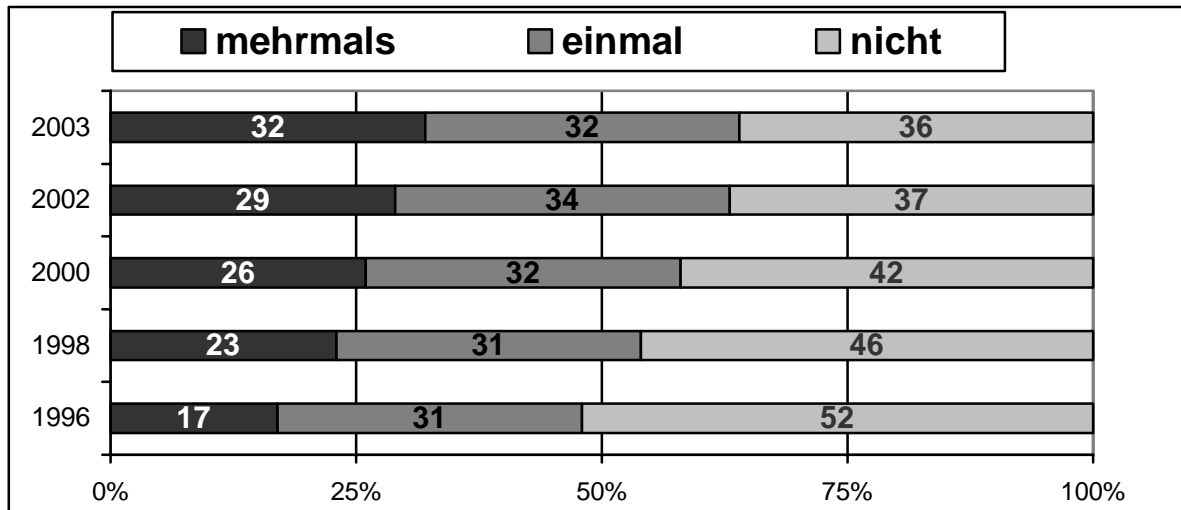
### *Mehrmalige Arbeitslosigkeit nimmt zu*

Die Grunderfahrung Arbeitslosigkeit ist nach unseren Erkenntnissen der Schlüssel dafür, die kritische Haltung dieser jungen Ostdeutschen gegenüber den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu verstehen. Dabei genügt es nicht, die aktuellen Arbeitslosenzahlen zur Kenntnis zu nehmen, sondern es müssen die vielschichtigen Folgen persönlich erfahrener Arbeitslosigkeit, aber auch im sozialen Nahbereich mit einbezogen werden.

Wir wollen hier den Versuch unternehmen, diese Vielschichtigkeit wenigstens anzudeuten; Vollständigkeit kann schon aus Platzgründen nicht erreicht werden.

Wir geben zunächst einen Überblick der Entwicklung von Arbeitslosigkeit in unserer Population. Informationen dazu werden seit 1996 erhoben, d.h. seit dem 23. Lebensjahr:

Abbildung 19: Anteil der Panelmitglieder mit eigener Erfahrung hinsichtlich Arbeitslosigkeit im Trend 1996 bis 2003



Fragetext: „Waren Sie arbeitslos? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)“

1 ja, mehrmals                      2 ja, einmal                      3 nein

Im Jahr 2003 sind es bereits fast zwei Drittel (64%), die diese stark prägende, psychisch belastende Erfahrung machen mussten! Ablesbar ist vor allem, dass der Anteil derer sich zwischen 1996 und 2003 nahezu verdoppelt hat, die bereits mehrmals arbeitslos waren! Dieser sehr beunruhigende Trend wird sich vermutlich fortsetzen.

Die Geschlechtergruppen unterscheiden sich 2003 nur wenig (bisher waren 67% der männlichen Panelmitglieder gegenüber 61% der weiblichen ein- oder mehrmals arbeitslos).

Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit wurde erfasst. Dazu wurden die Panelmitglieder gebeten, sämtliche Zeiten von Arbeitslosigkeit so genau wie möglich zu addieren und in den Fragebogen einzutragen. Daraus geht hervor, dass die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit von 6,7 Monaten 1996 auf 10,5 Monate 2003 gestiegen ist. Die jungen Frauen waren tendenziell länger arbeitslos als die jungen Männer: 11,6 gegen 9,3 Jahre. Panelmitglieder, die im Osten leben, waren länger arbeitslos als jene, die im West leben: 11,2 gegenüber 8,0 Jahre. Bei den Panelmitgliedern, die bisher einmal arbeitslos waren, beträgt die berechnete Gesamtzeit 6,6 Monate, bei denen, die bereits mehrmals arbeitslos waren, immerhin 14,9 Monate.

In einigen Wellen wurde über die eigene Arbeitslosigkeit der Panelmitglieder hinaus auch die Arbeitslosigkeit der Eltern erfasst. Es stellt sich heraus, dass bis 2003 über die Hälfte (56%) der Eltern (d.h. Vater und/oder Mutter) von Arbeitslosigkeit betroffen waren bzw. sind. Mit 21% ist die Gruppe derer ziemlich groß, die Arbeitslosigkeit beider Elternteile erlebt haben (was nicht gleichzeitig passiert sein muss). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Väter und Mütter als gegenwärtig etwa 50 bis 60-Jährige zu jener Generation gehören, die im Osten massiv aus der Erwerbstätigkeit herausgedrängt wurde oder noch wird.

Hinzu kommt, dass auch ein Teil der LebenspartnerInnen der Panelmitglieder bzw. ihrer Geschwister arbeitslos war bzw. ist. Aus der individuellen Kopplung (nicht Addition) der Angaben hierzu geht hervor, dass bis 2003 88% der Panelmitglieder direkt oder indirekt im erwähnten sozialen Nahbereich mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wur-

den, nur 12% nicht – mit nachweislich erheblichen Konsequenzen für ihre politischen Einstellungen und ihre Befindlichkeit und Gesundheit. Arbeitslosigkeit der Eltern, des Partners/der Partnerin, der Geschwister und die damit verbundenen Sorgen machen vielen TeilnehmerInnen zusätzlich zu schaffen, vermindern ihre eigene Zukunftszuversicht, dämpfen ihre Zufriedenheit mit der Gesellschaft. (Arbeitslosigkeit von engen Freunden/Freundinnen wurde bisher nicht erfasst.) Die Belege hierfür liegen vor, sie können hier nicht ausführlich dargestellt werden.

### *Arbeitslosigkeit im Meinungsbild der Panelmitglieder*

Im Jahr 2002 legten wir den Panelmitgliedern eine umfangreiche Liste mit Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit vor. Die Ergebnisse zu den wichtigsten von ihnen sollen hier dokumentiert werden:

Tabelle 3: Urteile über Arbeitslosigkeit 2002 (16. Welle; N = 418)  
 „Noch einige Aussagen zum Thema Arbeitslosigkeit. Bitte nehmen Sie zu jeder einzelnen Stellung, indem Sie die jeweils zutreffende Zahl eintragen.“  
 1 Ich stimme vollkommen zu 2,3,4,5 Ich lehne vollkommen ab

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Arbeitslosigkeit macht Angst vor der Zukunft	49	34	(83)	14	2	1	1,73
Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihr Selbstbewusstsein	41	33	(74)	20	4	2	1,94
Arbeitslosigkeit macht die Menschen krank	34	40	(74)	20	3	3	1,96
Arbeitslosigkeit ist ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems	38	36	(74)	18	6	2	1,98
Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust an individuellen Freiheiten	37	35	(72)	20	5	3	2,02
Arbeitslosigkeit macht die Menschen arm	39	32	(71)	21	6	2	1,98
Arbeitslosigkeit nimmt den Menschen ihre Lebensfreude	31	38	(69)	25	4	2	2,09
An Arbeitslosigkeit kann man sich mit der Zeit gewöhnen	9	15	(24)	22	17	37	3,61
Jeder ist selbst daran schuld, wenn er arbeitslos wird	0	3	( 3)	19	29	49	4,24
Mit der Arbeitslosigkeit muss man sich abfinden, man kann nichts daran ändern	0	3	( 3)	12	23	62	4,43

Bemerkenswert viele Panelmitglieder stimmen den überwiegend negativ formulierten Aussagen über Arbeitslosigkeit zu, selbst dann, wenn sie bisher noch nicht persönlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren (was aber – wie erwähnt – für die Eltern bzw. Lebenspartner bzw. Geschwister zutreffen kann). Das lässt darauf schließen, dass diese Meinungen einen weit verbreiteten Konsens darstellen als Reaktion dieser jungen Leute auf die kollektiv erfahrene Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland.

Besonders schwerwiegend ist die mehrheitliche Zustimmung (74%) zu der Aussage, dass Arbeitslosigkeit ein typisches Merkmal des jetzigen Gesellschaftssystems sei. Das unterstreicht die aus vielen weiteren Ergebnissen der Studie hervorgehende Tatsache, dass die bestehende Massenarbeitslosigkeit im Osten die Urteile über das jetzige Gesellschaftssystem stark beeinflusst. Dasselbe gilt für die Aussage, dass Arbeitslosigkeit Verlust an individueller Freiheit bedeutet. Ihr stimmen 72% zu.

Mehr als zwei Drittel bejahen außerdem die Auffassung, dass Arbeitslosigkeit Angst vor der Zukunft macht (83%), den Menschen ihr Selbstbewusstsein nimmt (74%), die Menschen krank macht (74%), die Menschen arm macht (71%), den Menschen ihre Lebensfreude nimmt (69%).

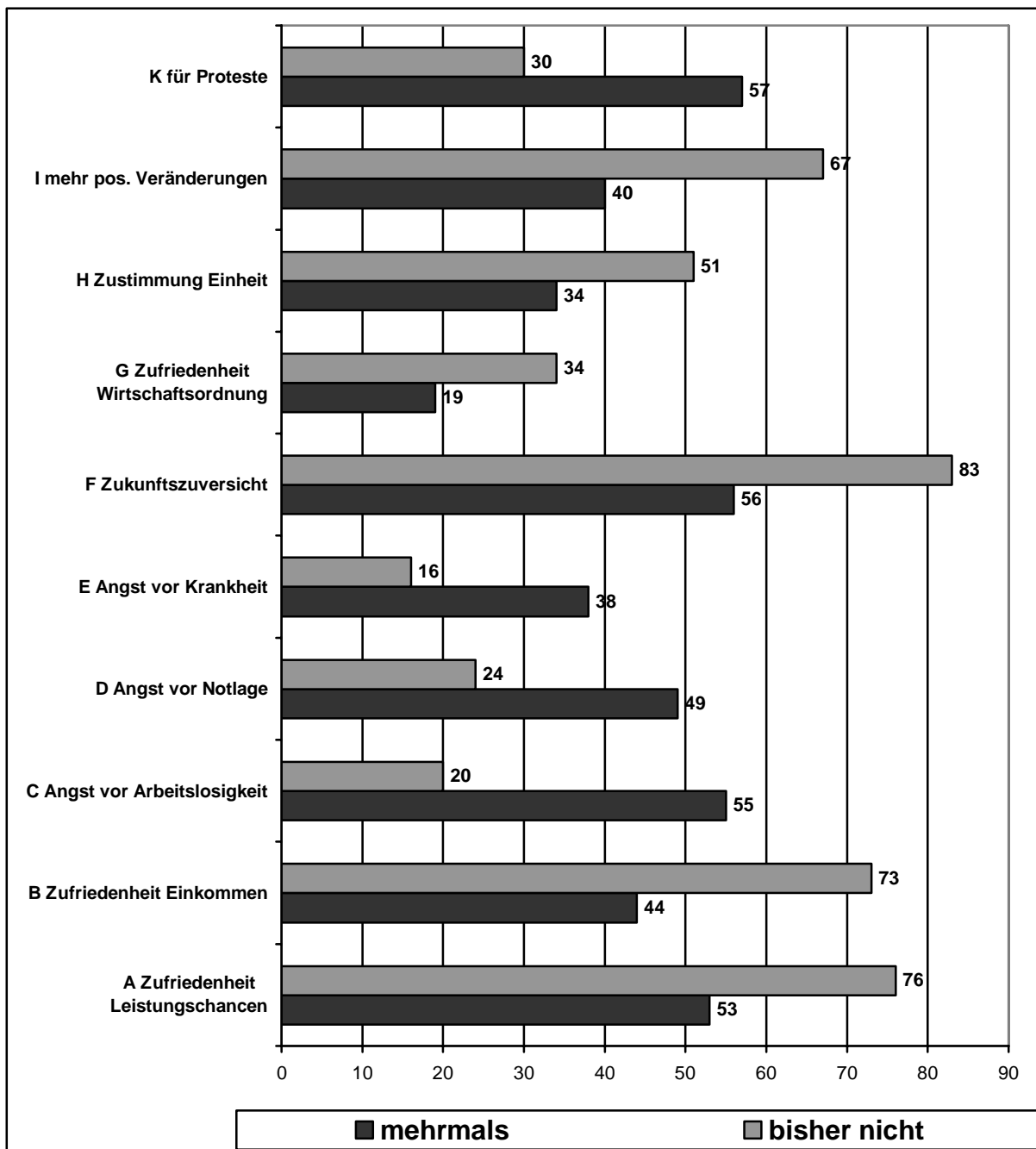
Hervorhebenswert ist aber auch, dass nur 24% zustimmen, sich mit der Zeit an Arbeitslosigkeit gewöhnen zu können; bzw. sogar nur 3% akzeptieren, sich damit abfinden zu müssen, weil man nichts daran ändern kann. Ein Prozess der Gewöhnung an Arbeitslosigkeit scheint gegenwärtig erst bei einer Minderheit der TeilnehmerInnen eingesetzt zu haben.

Weibliche Panelmitglieder stimmen den kritischen Aussagen fast durchweg erheblich häufiger zu als männliche, Ausdruck ihrer generell weitaus kritischeren Beurteilung des gegenwärtigen Systems.

### ***Auswirkungen von Arbeitslosigkeit***

Wir wollen jetzt auf einige Auswirkungen von Arbeitslosigkeit eingehen, die durch die längsschnittliche Anlage unserer Studie gut dokumentiert sind. Wir vergleichen dazu die beiden Extremgruppen von Panelmitgliedern, d. h. die bereits mehrfach arbeitslos waren bzw. bisher diese Erfahrung noch nicht machen mussten. Die Vergleiche beziehen sich auf einige wesentliche Merkmale, bei denen die Unterschiede besonders deutlich erkennbar und statistisch signifikant sind:

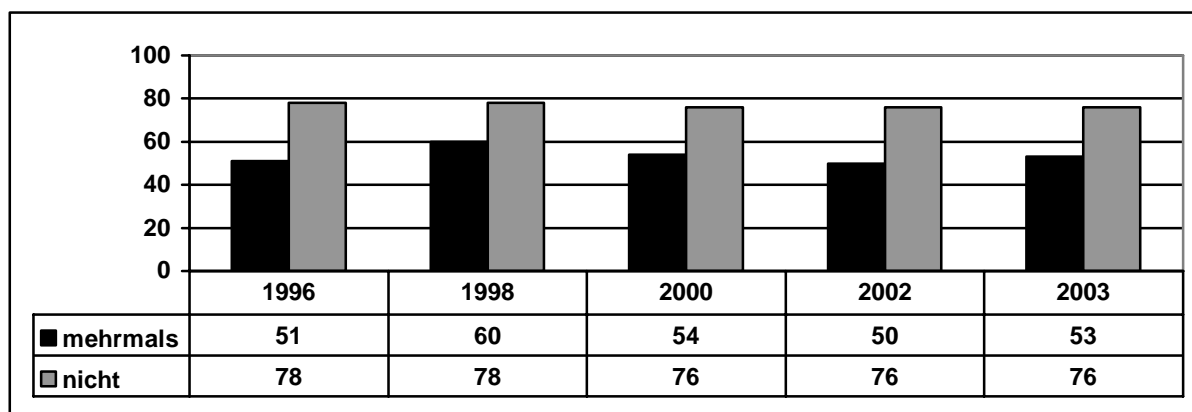
Abbildung 20: Merkmale von Panelmitgliedern 2003, die bereits mehrmals bzw. bisher nicht arbeitslos waren (Extremgruppenvergleich)



Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe):  
 A Zufriedenheit mit den Chancen, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen: zufrieden/eher zufrieden (66%)  
 B Zufriedenheit mit dem Einkommen: zufrieden/eher zufrieden (61%)  
 C Angst vor Arbeitslosigkeit: stark/eher stark (36%)  
 D Angst vor persönlicher Notlage: stark/eher stark (35%)  
 E Angst vor Verschlechterung des Gesundheitszustandes: stark/eher stark (27%)  
 F Persönliche Zukunftszuversicht: einschränkungslos/eingeschränkt stark (68%)  
 G Zufriedenheit mit jetziger Wirtschaftsordnung: sehr zufrieden/zufrieden (25%)  
 H Zustimmung zur deutschen Einheit: einschränkungslose Zustimmung (42%)  
 I Persönliche Bilanz seit der Vereinigung: mehr positive Veränderungen (54%)  
 K Zustimmung zur Aussage „Die Ostdeutschen sollten wieder auf die Straße gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen“: einschränkungslose und eingeschränkte Zustimmung (45%)

Wir wollen diese Angaben kurz kommentieren und teilweise durch Trenddaten ergänzen: Sehr unterschiedlich ist die Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen (A): Von den Befragten mit mehrfachen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit äußern sich 53% mehr oder weniger zufrieden; von jenen, die bisher nicht arbeitslos waren, dagegen mit 76% weitaus mehr. Arbeitslosigkeit schränkt wider den eigenen Willen die Chancen deutlich ein, heute durch Leistungen voranzukommen. Dass es sich dabei nicht um ein zufälliges, punktuelles Ergebnis handelt, wird durch den dazu vorliegenden Trend seit 1996 (seitdem liegen genaue Zahlen zur Arbeitslosigkeit vor) anschaulich unterstrichen:

Abbildung 21: Anteile der Panelmitglieder, die mit den Chancen zufrieden sind, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen, differenziert danach, ob sie mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend

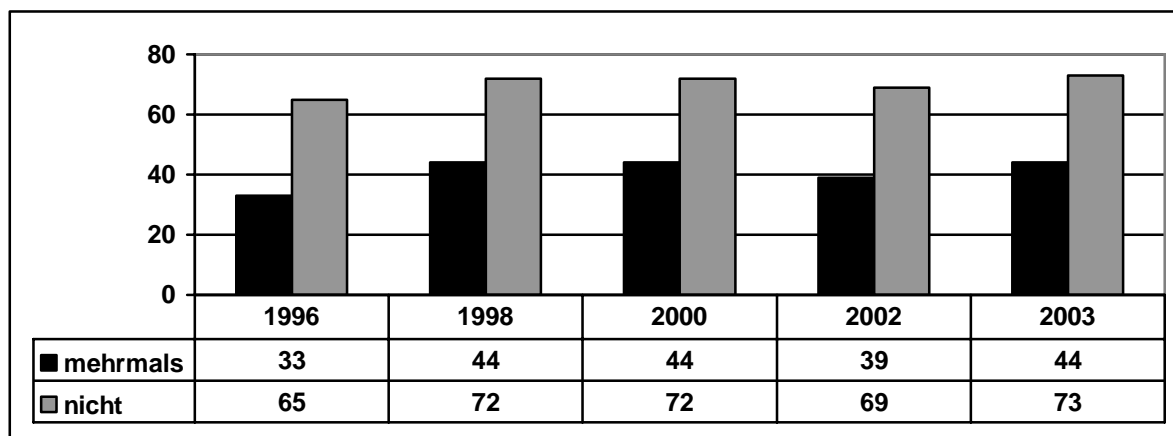


Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die sie in der jetzigen Gesellschaft haben, *durch Leistung* voranzukommen?“

1 zufrieden    2 eher zufrieden als unzufrieden    3 eher unzufrieden als zufrieden    4 unzufrieden  
Die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst.

Dementsprechend unterscheiden sich die beiden Extremgruppen auch deutlich im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Einkommen (B): TeilnehmerInnen, die schon mehrmals arbeitslos waren, sind 2003 erheblich weniger häufig mit ihrem Einkommen zufrieden als jene, die nicht arbeitslos waren: 44% gegenüber 73%! In Anbetracht der Bedeutung des Einkommens als entscheidende Existenzgrundlage kann dieser Unterschied kaum überschätzt werden, zumal er auch in den vorangegangenen Jahren zu beobachten war. Wir stellen dazu den Trend dieser Unterschiede seit 1996 dar:

Abbildung 22: Zufriedenheit mit dem Einkommen, differenziert danach, ob die Panelmitglieder mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend



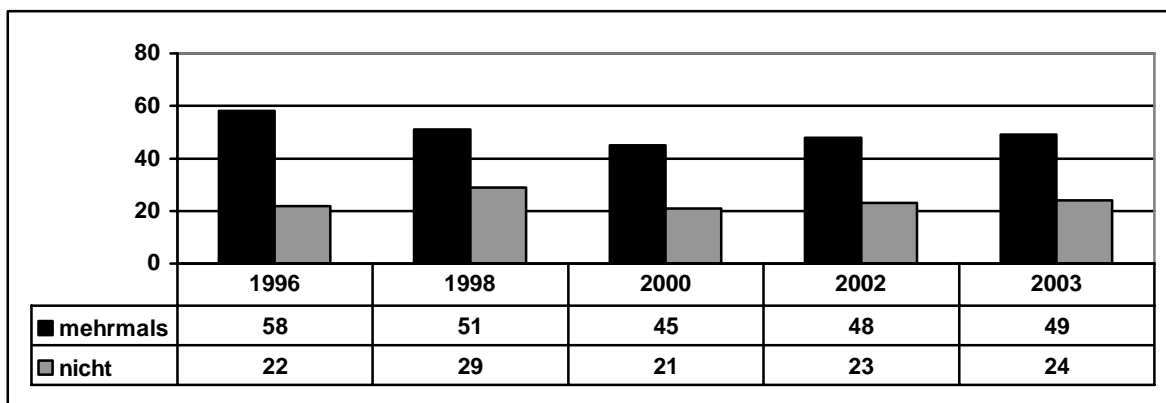
Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Einkommen?“ Antwortmodell wie bei Abb. 21

Große Unterschiede bestehen im Hinblick auf bestehende Ängste vor (erneuter) persönlicher Arbeitslosigkeit (C): Von den Panelmitgliedern, die bereits mehrmals arbeitslos waren, äußern mit 55% fast dreimal so häufig diese psychisch stark belastende Angst wie von jenen ohne diese Erfahrung!

Erwähnenswert ist, dass selbst 2003 noch ein signifikanter und relevanter Zusammenhang mit den Angaben zur Angst vor Arbeitslosigkeit von 1992 besteht ( $r = .33$ ;  $P = .000$ ), ein nachhaltiges „psychisches Echo“ damaliger massiver Verunsicherungen!

Ähnliches gilt für die von vielen TeilnehmerInnen geäußerten Ängste vor einer persönlichen Notlage, eine vor der Wende für sie faktisch unbekannte Angst (D): Zwar artikulieren auch von den Panelmitgliedern 2003 ohne die Erfahrung Arbeitslosigkeit 24% diese Angst, von denen mit mehrmaliger Arbeitslosigkeit jedoch 49%, rund doppelt so viele! Ähnliche Relationen bestehen zu fast allen Messpunkten:

Abbildung 23: Anteile der Panelmitglieder, die Angst vor einer persönlichen Notlage äußern, differenziert danach, ob sie bereits mehrfach bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend:



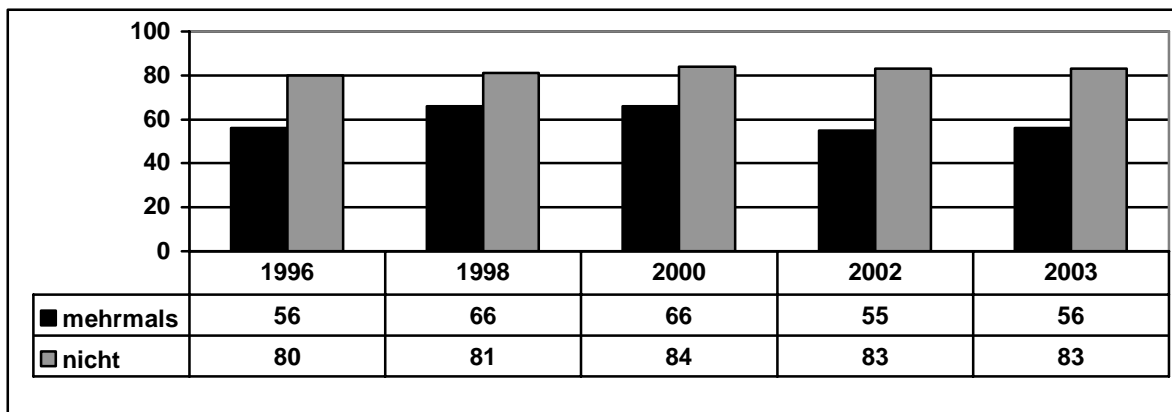
Fragetext: „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Eintreten einer persönlichen Notlage bedroht?“

1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

Aufschlussreich ist, dass Unterschiede zwischen beiden Gruppen auch im Hinblick auf die wahrgenommene eigene Gesundheit bestehen (E). Während sich von den TeilnehmerInnen ohne Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit lediglich 16% Sorgen um eine Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes machen, sind das bei denen mit mehrmaliger Erfahrung mehr als doppelt so viele: 38%! Auf diesen Aspekt kommen wir noch einmal zurück.

Auf diesem Hintergrund überrascht nicht, dass sich beide Gruppen stark im Hinblick auf ihre persönliche Zukunftszuversicht (F) unterscheiden: 2003 äußern sich 83% derer, die bisher nicht arbeitslos waren, stark zuversichtlich gegenüber nur 56% jener, die diese Erfahrung bereits mehrmals machen mussten:

Abbildung 24: Anteile der Panelmitglieder, die die persönliche Zukunft zuversichtlich sehen, differenziert danach, ob sie bereits mehrfach bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend:



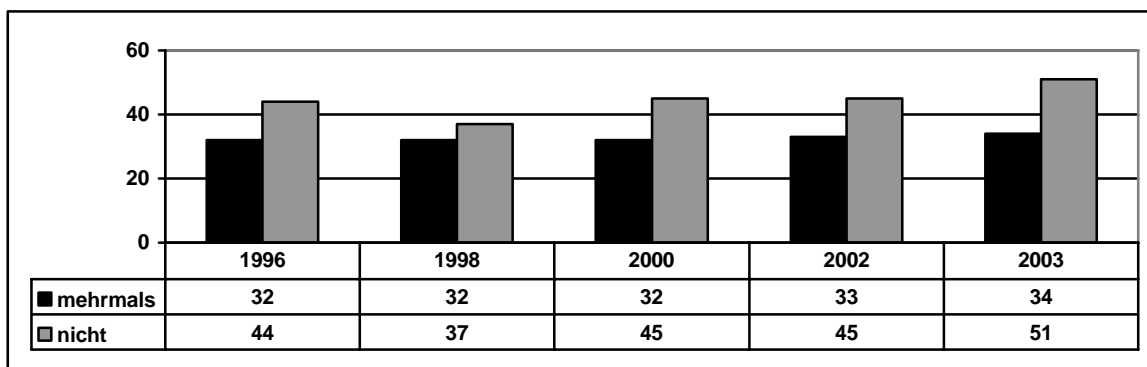
Fragetext: „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für sich persönlich?“

1 sehr zuversichtlich 2,3,4,5 überhaupt nicht zuversichtlich

Die Positionen 1 und 2 wurden zusammengefasst.

Gravierende Unterschiede sind auch in faktisch allen wesentlichen politischen Einstellungen festzustellen. Ablesbar ist das an der Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (G) sowie an der Einstellung zur deutschen Einheit (H):

Abbildung 25: Anteile der Panelmitglieder, die die deutsche Einheit uneingeschränkt bejahen, differenziert danach, ob sie mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend



Fragetext: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie *heute* antworten?“

1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

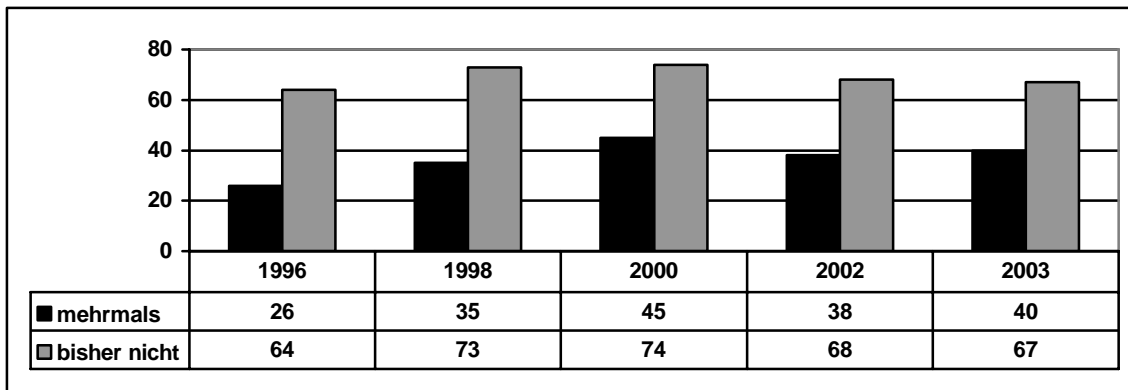
Prozentwerte der uneingeschränkten Position.

Wir sehen, dass selbst bei dieser grundsätzlichen Einstellung (außer 1998) signifikante und relevante Unterschiede auftreten. Während bei jenen Panelmitgliedern, die von Arbeitslosigkeit verschont geblieben waren, der Anteil einschränkungsloser Zustimmungen tendenziell ansteigt, gibt es bei denen, die mehrmals arbeitslos waren, über den gesamten Zeitraum hinweg kaum Veränderungen. Der generelle Zuwachs an Zustimmung stammt vorwiegend von denen, die noch nicht den Gang zum Arbeitsamt antreten mussten.

Auch bei der persönlichen Bilanz über die Veränderungen seit der Vereinigung (I) fallen die Angaben weit auseinander: Mehr positive Veränderungen bilanzieren 2003 40% der Panelmitglieder mit mehrmaliger Erfahrung von Arbeitslosigkeit gegenüber 67% derer ohne diese Erfahrung:

Abbildung 26: Persönliche Bilanz der Vereinigungsfolgen, differenziert danach, ob die Panelmitglieder mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend



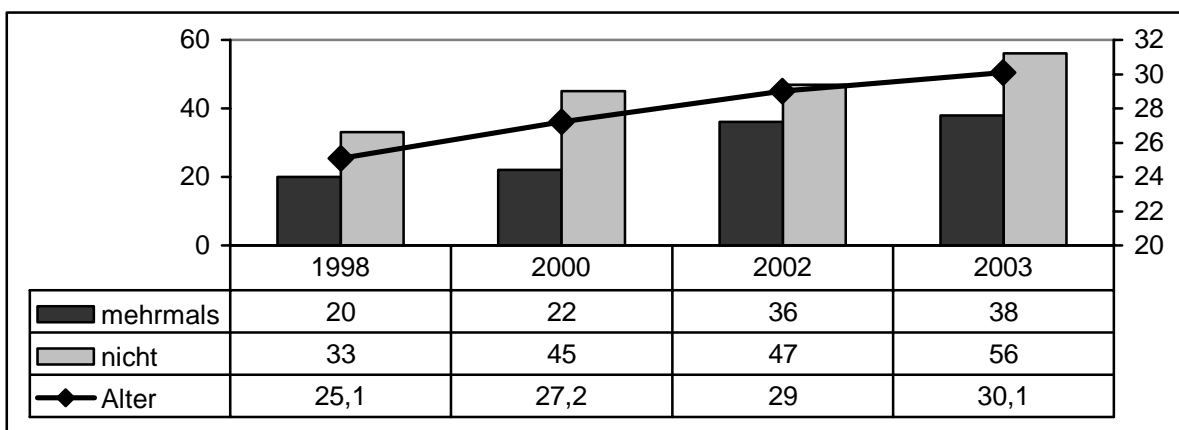


Fragetext: „Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: In meinem Leben gab es“ 1 mehr positive Veränderungen 2 sowohl positive als auch negative Veränderungen 3 mehr negative Veränderungen

Mehrmals erfahrene Arbeitslosigkeit trägt bei diesen jungen Ostdeutschen nicht zuletzt auch dazu bei, die Protestbereitschaft zu erhöhen (K): 57% derer, die schon mehrmals arbeitslos waren, sprechen sich dafür aus, wieder auf die Straße zu gehen, um auf die Situation im Osten aufmerksam zu machen, das sind fast doppelt so viele wie von jenen, die bisher keine Arbeitslosigkeit erlebt haben mit 30%.

Auf einen bisher wenig beachteten Aspekt wollen wir noch etwas näher eingehen: die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die familialen Strukturen. Erhebliche Auswirkungen hat erfahrene Arbeitslosigkeit - natürlich vermittelt - auf die Familiengründung der Panelmitglieder. So sind von den weiblichen Panelmitgliedern, die bereits mehrmals arbeitslos waren, im Jahr 2003 mit 38% signifikant weniger bereits verheiratet als von jenen, die bisher nicht arbeitslos waren: 56%. Ähnliche Relationen bestanden auch in den vorangegangenen Jahren:

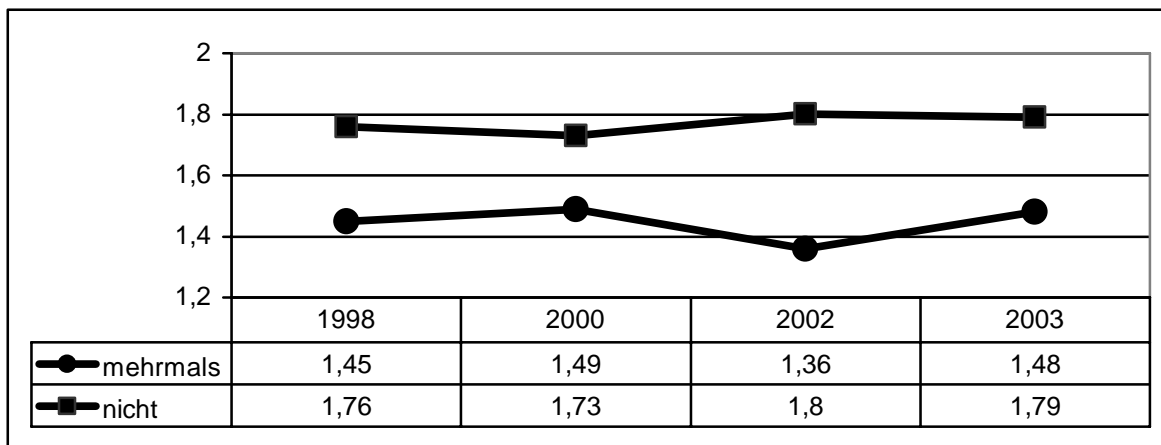
Abbildung 27: Anteile Verheirateter bei den weiblichen Panelmitgliedern im Trend, differenziert danach, ob sie mehrmals bzw. nicht arbeitslos waren, im Trend



Die Unterschiede sind statistisch signifikant (2000, 2003) oder verweisen auf eine deutliche Tendenz (1998, 2002).

Große Unterschiede zwischen den beiden Extremgruppen zeigen sich auch in Bezug auf die Zahl der gewünschten Kinder, und zwar in durchaus relevanten Größenordnungen:

Abbildung 28: Durchschnittliche Anzahl gewünschter Kinder bei den weiblichen Panelmitgliedern, differenziert danach, ob sie mehrmals oder nicht arbeitslos waren, im Trend 1998 bis 2003

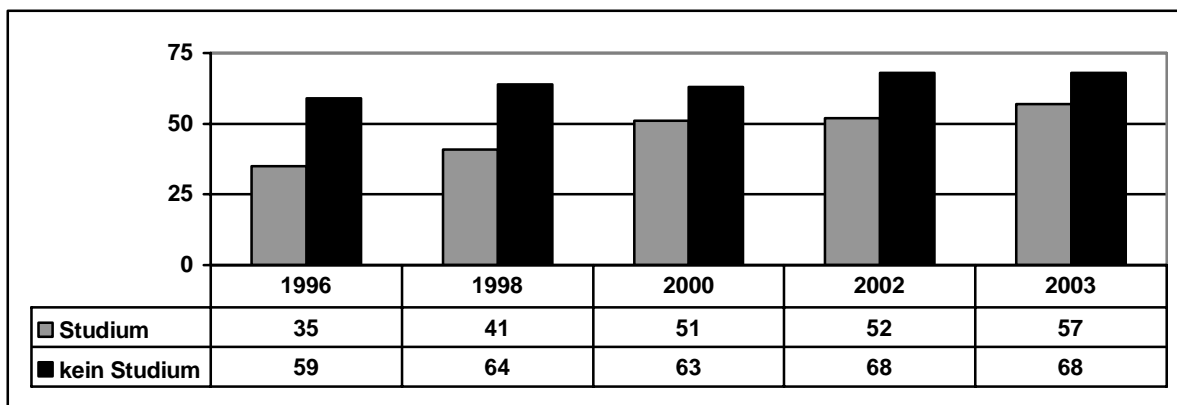


Die Panelmitglieder gaben die Anzahl der gewünschten Kinder im Fragebogen direkt an. Die Unterschiede in den Mittelwerten sind signifikant.

Eine interessante Beobachtung haben wir mit Hilfe der „Skala zur Allgemeinen Selbstverwirklichungserwartung“ (SEW) gemacht, die zur Erfassung von allgemeinen optimistischen Selbstüberzeugungen konstruiert wurde <sup>6</sup>. Sie misst die Kompetenzerwartung, also das Vertrauen darauf, eine schwierige Lage zu meistern, wobei der Erfolg der eigenen Kompetenz zugeschrieben wird. Das Ergebnis ist, dass insbesondere Panelmitglieder, die bereits mehrmals arbeitslos waren, eine signifikant niedrigere Selbstwirksamkeitserwartung äußern als jene, die bisher nicht arbeitslos waren. Die niedriger erlebte Kompetenz und damit das geringere Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten kann aber u. U. zukünftig wieder zu Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt führen <sup>7</sup>.

Abschließend zum Einflussfaktor Arbeitslosigkeit muss erwähnt werden, dass selbst ein höheres Bildungsniveau (daran bestimmt, dass die Panelmitglieder ein Studium mit oder ohne Abschluss absolviert haben) nicht alle von ihnen vor Arbeitslosigkeit bewahrt hat:

Abbildung 29: Anteile der Panelmitglieder, die ein- oder mehrmals arbeitslos waren, differenziert nach dem Bildungsniveau im Trend 1996 bis 2003



Zwar bestehen zu allen Untersuchungszeitpunkten signifikante Unterschiede zugunsten derer mit einem höheren Bildungsniveau, doch auch bei ihnen ist ein signifikanter Anstieg des Anteils der Panelmitglieder mit der Erfahrung von Arbeitslosigkeit deutlich erkennbar.

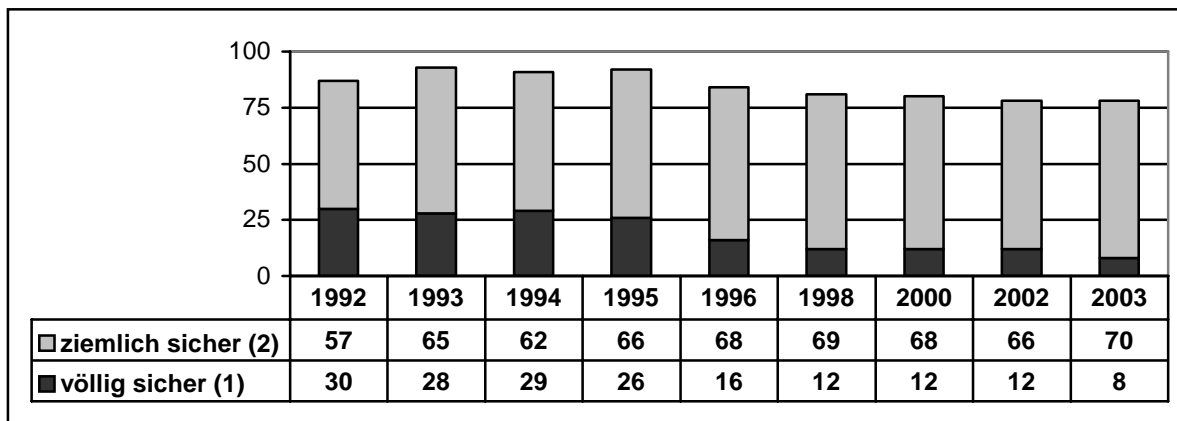
### ***Sicherheit des Arbeitsplatzes und Gesundheit***

<sup>6</sup> Vgl. z. B. Ralf Schwarzer: Optimistische Kompetenzerwartung: Zur Erfassung einer personellen Bewältigungsressource. Diagnostica 1994; 40: S. 105 – 123.

<sup>7</sup> Vgl. Hendrik Berth, Peter Förster, Elmar Brähler: Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen. Das Gesundheitswesen, 65. Jahrgang 2002, S. 555 – 560 (2003 a).

Zur verbreiteten Erfahrung Arbeitslosigkeit kommt außerdem hinzu, dass bei den Panelmitgliedern das bedeutsame Gefühl, gegenwärtig einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, signifikant zurückgegangen ist, insbesondere in seiner einschränkungslosen Ausprägung. Die Abbildung veranschaulicht diesen Abwärtstrend für die Gesamtgruppe:

Abbildung 30: Vermutete Sicherheit des Arbeitsplatzes im Trend 1992 – 2003



Anteile der Panelmitglieder, die ihren Arbeitsplatz als völlig bzw. ziemlich sicher wahrnehmen

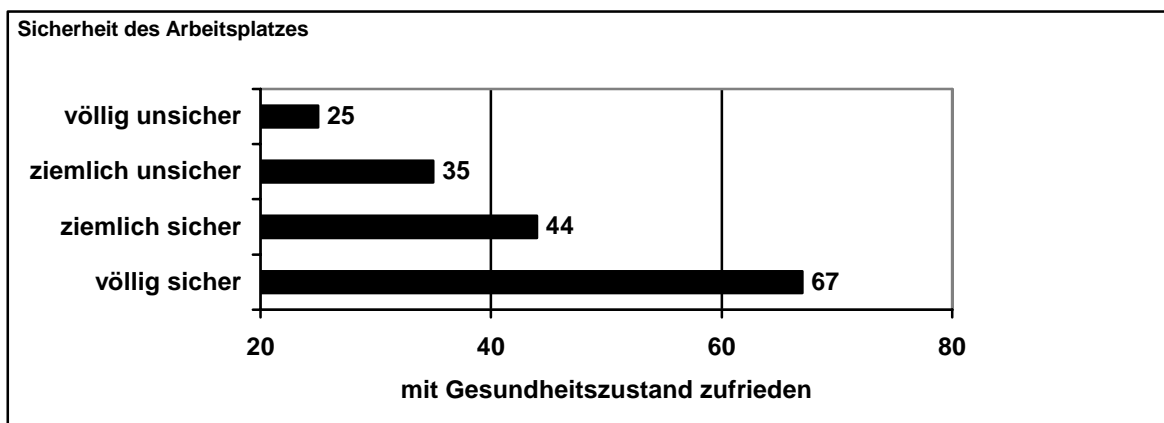
Fragetext: „Wie sicher ist Ihr Arbeits- /Ausbildungsplatz?“

1 völlig sicher 2 ziemlich sicher 3 ziemlich unsicher 4 völlig unsicher

Der Trend bei den jungen Frauen verläuft ähnlich wie der bei den jungen Männern, allerdings ist bei ihnen der starke Abwärtstrend des uneingeschränkten Sicherheitsgefühls noch deutlicher als bei den jungen Männern, ein Hintergrund für ihre systemkritische Haltung. Erwähnenswert ist, dass die Panelmitglieder, die im Westen leben, die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes nur tendenziell besser einschätzen als ihre Altersgefährten im Osten: 82% gegenüber 77%.

Anhand dieser Selbsteinschätzung der Sicherheit des Arbeitsplatzes lassen sich auch die erheblichen Auswirkungen bestehender Verunsicherungen auf die Gesundheit der verhältnismäßig jungen Panelmitglieder nachweisen. Das geht schon aus einer Analyse des Zusammenhangs zwischen der Selbsteinschätzung der Sicherheit des Arbeitsplatzes einerseits und der Zufriedenheit mit dem eigenen Gesundheitszustand hervor:

Abbildung 31: Wahrgenommene Sicherheit des Arbeitsplatzes und Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand (2003)



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Gesundheitszustand?“

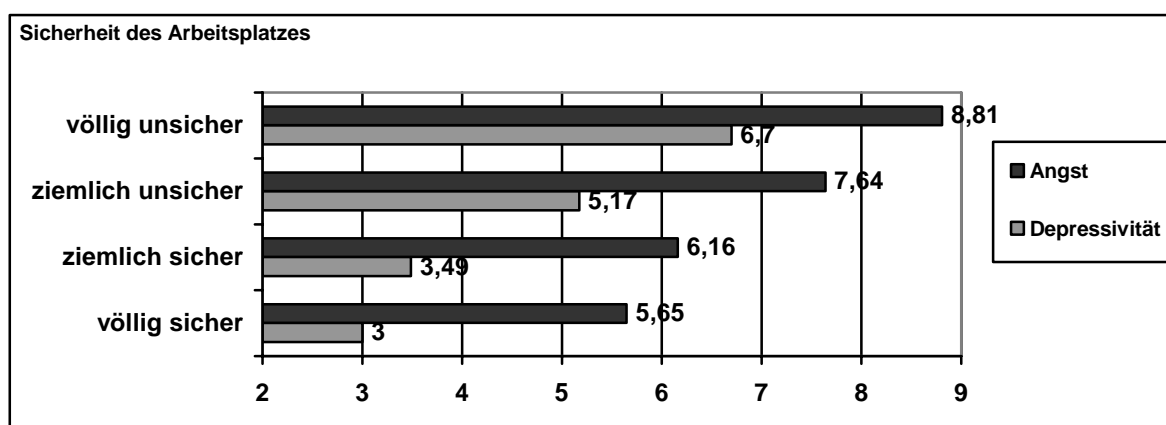
1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden

Anteile der Panelmitglieder, die sich einschränkungslos zufrieden äußern (1).

Erkennbar ist, dass der Anteil derer, die sich zufrieden über ihre Gesundheit äußern, mit abnehmender wahrgenommener Sicherheit des Arbeitsplatzes erheblich kleiner wird (signifikant).

Präzisere Ergebnisse wurden mittels standardisierter Analyseinstrumente zur Erfassung der Gesundheit gewonnen, die seit 2002 in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern des Universitätsklinikums Leipzig bzw. Dresden (Prof. Dr. Elmar Brähler, Dipl. Psych. Hendrik Berth) eingesetzt werden, so u. a. zur Ausprägung von Angst und Depressivität:

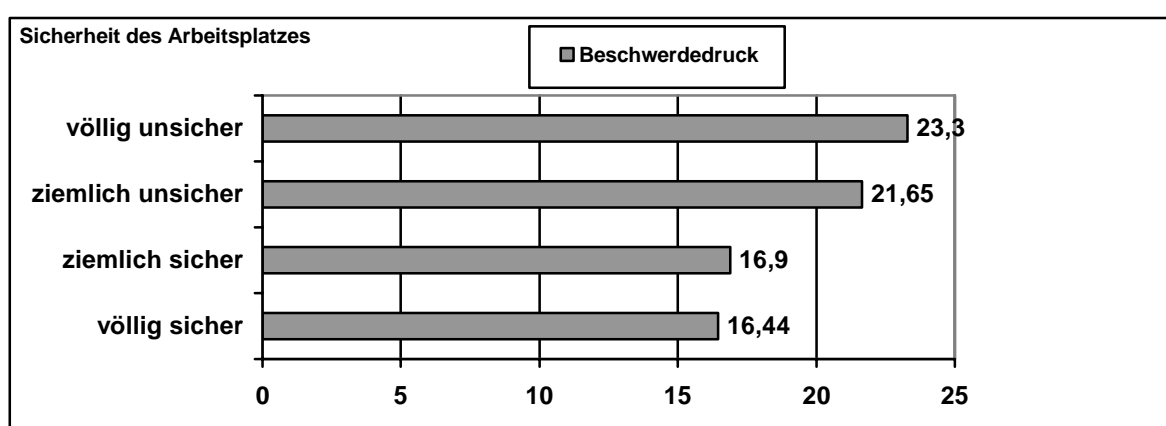
Abbildung 32: Wahrgenommene Sicherheit des Arbeitsplatzes und Ausprägung von Angst und Depressivität 2002. Mittelwerte der eingesetzten Skalen



Die Bestimmung von Angst und Depressivität erfolgte mit Hilfe eines bewährten Fragebogeninstruments zur Selbstbeurteilung beider Merkmale bei Erwachsenen (HADS)<sup>8</sup>. Je höher die Mittelwerte, desto stärker sind die Merkmale ausgeprägt.

Ablesbar ist, dass Panelmitglieder, die ihren Arbeitsplatz als unsicherer einschätzen, signifikant mehr Angst und Depression äußern. Darüber hinaus berichten sie auch über mehr Körperbeschwerden:

Abbildung 33: Wahrgenommene Sicherheit des Arbeitsplatzes und Körperbeschwerden 2002, Mittelwerte



Diese Ergebnisse wurden 2002 mit einer Kurzform des Giessener Beschwerdebogens (GBB) von Brähler und Scheer<sup>9</sup> gewonnen. Dabei werden mit vier Subskalen Beschwerden im Hin-

<sup>8</sup> Vgl. Hendrik Berth, Peter Förster, Elmar Brähler 2003a; a. a. O.; vgl. auch Hendrik Berth, Peter Förster, Elmar Brähler: Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen. Jahrbuch für kritische Medizin 39/2003, S. 108 ff. (2003 b).

<sup>9</sup> Vgl. Hendrik Berth, Peter Förster, Elmar Brähler 2003a; a. a. O.

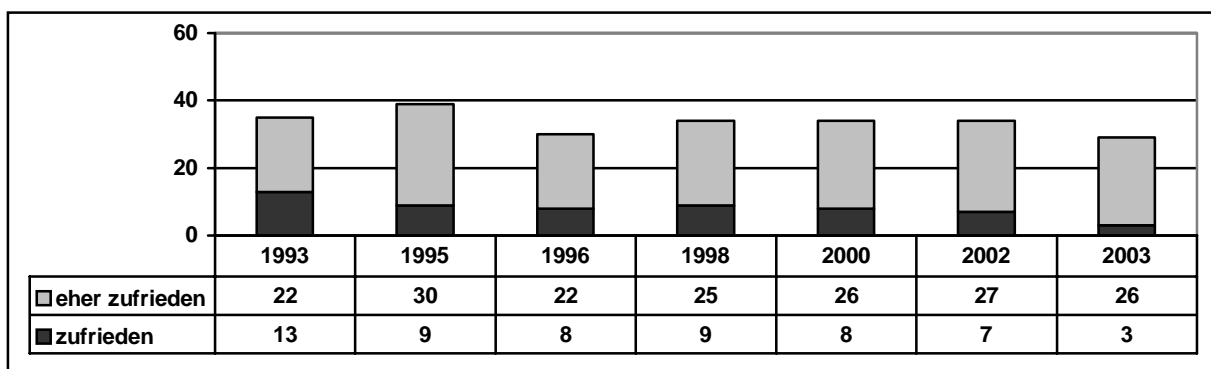
blick auf Erschöpfungsneigung, Magenbeschwerden, Gliederschmerzen und Herzschmerzen sowie der Beschwerdedruck insgesamt ermittelt.

Erkennbar ist, dass ein Zusammenhang besteht: die Körperbeschwerden wachsen mit der zunehmenden Einschätzung, dass der momentane Arbeitsplatz unsicher ist. Der Unterschied zwischen den Gruppen ist signifikant. Diese signifikante Gruppendifferenz betrifft mit Ausnahme der Herzbeschwerden die Subskalen Erschöpfungsneigung, Magenbeschwerden und Gliederschmerzen. Wesentlich ist, dass nicht nur die real erlebte Arbeitslosigkeit negative Auswirkungen auf das gesundheitliche Befinden hat, sondern in nahezu identischem Ausmaß auch die subjektiv wahrgenommene Sicherheit des derzeitigen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes, selbst bei den verhältnismäßig jungen TeilnehmerInnen dieser Studie.

## 2. Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich seit Jahren mehrheitlich kritisch über ihre geringen demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie wie die Ostdeutschen generell in der Wendezeit große Erwartungen hatten:

Abbildung 34: Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik im Trend 1993 bis 2003



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik?“

1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden

3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden

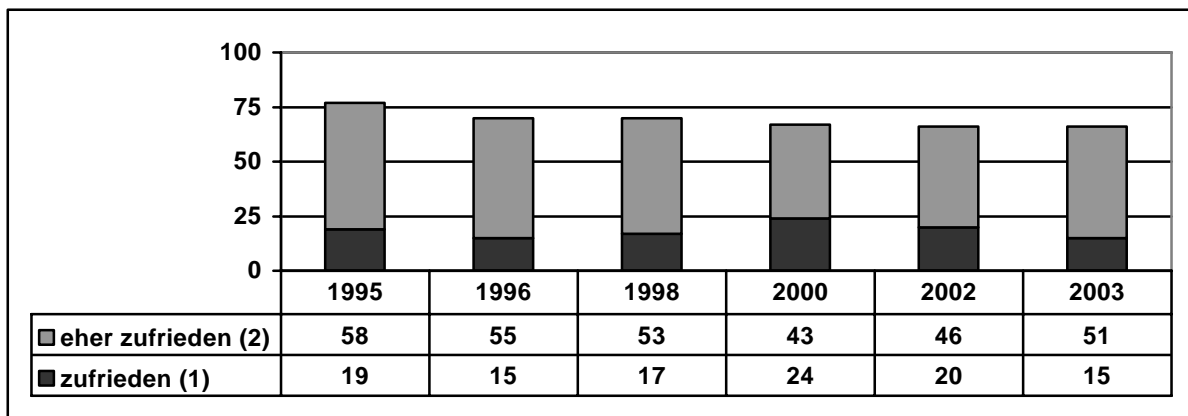
Anteil der Panelmitglieder, die mit den Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik zufrieden (1) oder eher zufrieden (2) sind.

Diese Daten lassen auf eine massive Enttäuschung schließen: Weniger als ein Drittel (29%) äußern sich 2003 positiv, der Anteil derer ohne Einschränkung geht gegen Null; nach wie vor erlebt nur eine Minderheit demokratische Mitgestaltung. Das wird durch die Tatsache noch unterstrichen, dass seit Jahren nur maximal 4% die Erfahrung gemacht haben, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind!

## 3. Abnehmende Zufriedenheit mit der Gerechtigkeit

Das viel diskutierte Defizit hinsichtlich der „Leistungsgerechtigkeit“ ist auch bei den 30-Jährigen zu beobachten:

Abbildung 35: Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen



Fragetext: „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die Sie in der jetzigen Gesellschaft haben, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen?“

1 zufrieden    2 eher zufrieden als unzufrieden    3 eher unzufrieden als zufrieden    4 unzufrieden  
 Anteile der Panelmitglieder, die zufrieden (1) oder eher zufrieden (2) sind.

Zwei Drittel sind im Jahr 2003 mit der real erlebten „Leistungsgerechtigkeit“ zufrieden, aber nur der kleinere Teil davon ohne Einschränkung. Außerdem ist eine rückläufige Tendenz erkennbar: Der Anteil mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder ist zwischen 1995 und 2003 von 77% kontinuierlich und signifikant auf 66% abgesunken. Die jungen Frauen äußern sich außerdem signifikant weniger häufig zufrieden als die jungen Männer: 2003 60% gegenüber 72%.

Im Zusammenhang damit steht, dass nahezu die Hälfte der Panelmitglieder bezweifelt, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten:

Tabelle 4: Zufriedenheit mit der Verteilungsgerechtigkeit im Trend 1996 bis 2003  
 „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrung gemacht:  
 dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten.“  
 1 ja                    2 nein                    0 Das ist schwer zu sagen

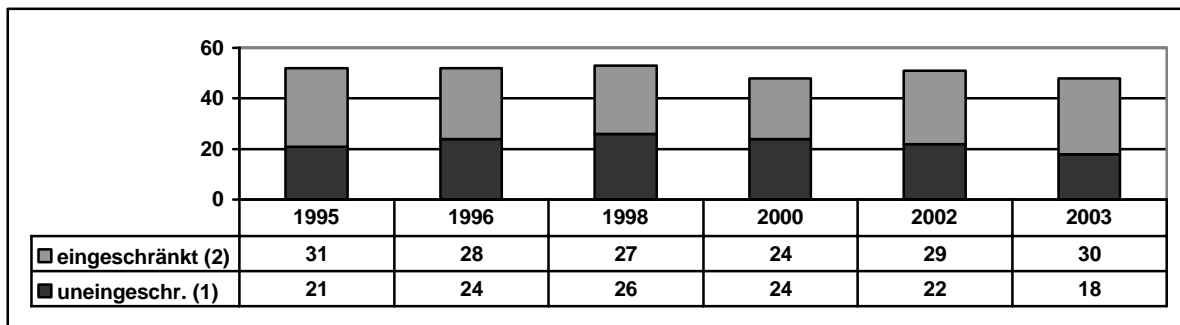
	1	2	0
1996	16	53	31
1998	20	47	33
2000	26	42	32
2002	24	46	30
2003	23	45	32

Die verbreitete Unzufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und dem politischen System hat ihre Wurzeln in bedeutendem Maße darin, dass sich ein großer Teil der Panelmitglieder hinsichtlich ihres Anteils am gesellschaftlichen Wohlstandes ungerecht behandelt fühlt. Der sich bis 2000 andeutende positive Trend hat sich 2002 bzw. 2003 nicht fortgesetzt, die Brisanz einer als ungerecht empfundenen und bewerteten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums bleibt erhalten.

#### 4. Erfahrung, von vielen Westdeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden

Die Bindung an das neue Gesellschaftssystem wird bei einem großen Teil der Panelmitglieder nach wie vor durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden:

Abbildung 36: Erfahrung, von vielen Westdeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden, im Trend 1995 bis 2003



Fragetext: „Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.“  
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht  
 Anteile der Panelmitglieder, die einschränkungslos (1) oder eingeschränkt (2) zustimmen.

Auch 2003 äußert rund die Hälfte, solche Erfahrungen gemacht zu haben, 24% äußern sich ambivalent, nur 28% widersprechen. TeilnehmerInnen, die im Westen leben, stimmen signifikant weniger häufig zu, auch von ihnen haben jedoch 29% solche Erfahrungen gemacht (die im Osten leben: 53%). Die Trendrichtung könnte auf eine rückläufige Tendenz hinweisen.

## Zusammenfassung

Die vorliegenden Trends und Zusammenhänge zwingen zu der Feststellung, dass der Zeitraum von fast anderthalb Jahrzehnten nicht ausgereicht hat, um einen größeren Teil dieser 30-Jährigen politisch für das neue Gesellschaftssystem einzunehmen. Das vergangene politische Gesellschaftsmodell hat seine Anziehungskraft auf die Panelmitglieder fast vollständig verloren, dem neuen Modell stehen sie noch immer mehrheitlich skeptisch oder kritisch gegenüber, in jüngster Zeit sogar mit einer zunehmenden Tendenz.

Nach ihrer Enttäuschung über die Herrschaft der SED in der Endzeit der DDR sind die meisten von ihnen trotz der Bejahung von Wende und deutscher Einheit erneut enttäuscht vom jetzigen System, betrachten es nicht als das „Ende der Geschichte“. Das gilt für die jungen Frauen in erheblich stärkerem Maße als für die jungen Männer, Ausdruck ihrer deutlich stärkeren Betroffenheit von den negativen Vereinigungsfolgen.

Eine der entscheidenden Ursachen für diese erneute Enttäuschung ist die stark prägende Grunderfahrung Arbeitslosigkeit, die immer mehr dieser jungen Ostdeutschen machen müssen und die sie zunehmend in der Auffassung bestärkt, im Osten keine Zukunft zu haben.

Dabei spielt aber nicht nur das persönliche Erleben eine Rolle; großen Einfluss haben vielmehr auch indirekte Erfahrungen im sozialen Nahbereich (Lebenspartner/Eltern/Geschwister), sowie die Wahrnehmung der vielschichtigen negativen Folgen einer weiter zunehmenden kollektiven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Hinzu kommt bei vielen TeilnehmerInnen die weiter zunehmende Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes.

Arbeitslosigkeit, aber auch die wahrgenommene Unsicherheit des Arbeitsplatzes haben nicht nur einen hohen politischen Preis, sondern wirken sich auch stark negativ auf die physische und psychische Gesundheit selbst junger Leute aus, verursachen Körperbeschwerden, Ängste und Depressionen, mindern die Überzeugung, kritische Lebensereignisse aus eigener Kraft bewältigen zu können. Diese sehr komplexen Auswirkungen auf die Persönlichkeit jedes einzelnen werden u. E. noch viel zu wenig zur Kenntnis genommen und beachtet.

Als weitere wesentliche aktuelle Einflussfaktoren wurden nachgewiesen, dass nur wenige Panelmitglieder Demokratie tatsächlich als Politikform realer Mitwirkung und Mitentscheidung erleben, ein großer Teil sich ungerecht behandelt fühlt und noch immer die Erfahrung machen muss, von Westdeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden.

Heute ist völlig offen, ob diese 30-Jährigen sich für das jetzige Gesellschaftssystem politisch engagieren werden oder ob sie sich Alternativen zuwenden und wenn ja – welchen? Das lässt sich gegenwärtig kaum voraussagen, zu ungewiss ist die Zukunft. Um so interessanter wird es sein, ihren Weg langfristig weiter zu verfolgen und zu dokumentieren.

\*\*\*\*\*

### **Ausgewählte Veröffentlichungen über die „Sächsische Längsschnittstudie“:**

Die 25jährigen auf dem langen Weg in das vereinte Deutschland. Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 43-44/99

„Es war nicht alles falsch, was wir früher über den Kapitalismus gelernt haben.“ Empirische Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Weg junger Ostdeutscher vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. In: Deutschland Archiv, H. 2/2001

Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Opladen 2002

Junge Ostdeutsche heute: doppelt enttäuscht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 15/2003

Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation. In: Sabine Andresen/Karin Bock/Micha Brumlik/Hans-Uwe Otto/Mathias Schmidt/Dietmar Sturzbecher (Hg.): Vereintes Deutschland – geteilte Jugend. Ein politisches Handbuch. Leske + Budrich, Opladen 2003.

Die 30-Jährigen in den neuen Bundesländern: Keine Zukunft im Osten! Ergebnisse einer systemübergreifenden Längsschnittstudie. In: Deutschland Archiv 1/2004

H. Berth / P. Förster / E. Brähler: Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen. In: Jahrbuch für Kritische Medizin. Band 39/2003, S. 108 - 125

H. Berth / P. Förster / E. Brähler: Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen. In: Das Gesundheitswesen 65. Jahrgang 2003, S. 555-560

H. Berth / P. Förster / E. Brähler: Psychosoziale Folgen einer Migration aus den neuen in die alten Bundesländer. Ergebnisse einer Längsschnittstudie. psychosozial, 27, 2004